

Danziger Zeitung.

№ 10180.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Retterhagergasse No. 4 und bei allen kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M.; durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Zeitzeile ober deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1877.

Telegramme der Danziger Zeitung.

London, 5. Februar. Die „Times“ meint, Englands Antwort auf die Note Gortschakoffs (siehe den Inhalt derselben in der Polit. Uebersicht) werde unzweifelhaft dahin lauten, England behalte sich die Wahrung der eigenen und der allgemeinen Friedensinteressen vor und wolle den weiteren Gang der Dinge abwarten. Wollte Rußland rascher handeln, so müsse es solches auf eigene Gefahr thun. Die Note schwäche schwerlich das englische Mißtrauen ab; sie werde als eine Aufforderung zum Beginn des Krieges betrachtet werden.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Bukarest, 4. Februar. Das heutige Amtsblatt veröffentlicht die Ernennung von 16 Stabs-offizieren zu Commandanten der 16 Dorobantzen-Regimenter.

— Wie dem Wiener „Telegr. Corresp.-Bureau“ aus Bukarest gemeldet wird, steht die daselbst ausgebrochene Ministerkrise in keinerlei Beziehung zur auswärtigen Politik der Regierung.

Washington, 4. Februar. Die von dem Cabinet berathene Votschaft des Präsidenten Grant an den Congress ist diesem nunmehr zugegangen. In derselben wird vorgeschlagen, daß die Wiederaufnahme der Baarzahlungen auf den bereits früher in Aussicht genommenen Termin festgesetzt werde. Ferner wird in Anregung gebracht, daß der Congress den Staatssecretär ermächtige, 4-procentige Bonds im Betrage von 150 Millionen Dollars zu emittiren, deren Einlösung in 40 Jahren gegen die gesetzliche Münze zu erfolgen habe.

Abgeordnetenhaus.

12. Sitzung vom 3. Februar 1877.

Erste Beratung des Entwurfes eines Gesetzes, betreffend einige Abänderungen der gesetzlichen Vorschriften über die Veranlagung der Grundsteuer, der Klassen- und klassificirten Einkommensteuer. — Abg. v. Meyer (Arnswalde) empfiehlt den Gesetzentwurf einer besonderen Commission zu überweisen; er wünscht besonders für die Einkommensteuer eine gänzliche Abschaffung der Remonstrationsinstanz, die sich nicht bewährt habe. — Abg. Richter ist gerade der Ansicht, daß sich die Reclamations- und Remonstrationsinstanz sehr gut bewährt haben; auch die Regierung hält sie für zweckmäßig und sagt in den Motiven, daß sich die Beibehaltung beider Instanzen dringend empfehle. Redner beantragt den Gesetzentwurf der Budgetcommission zu überweisen, weil dieselbe schon mit ähnlichen Gegenständen beschäftigt sei und es sich vielleicht ermöglichen lasse, noch in dieser Session eine wesentliche Vereinfachung der Veranlagung und Erhebung dieser Steuern zu erzielen. — Die Abgg. Lauenstein und v. Benda empfehlen gleichfalls die Verweisung an die Budgetcommission, während Abg. v. Heyden für eine besondere Commission spricht, sich aber gegen die Aufhebung der Remonstrationsinstanz erklärt. Die Vorlage wird mit großer Majorität an die Budgetcommission überwiesen.

Schließlich des Nachweises der Verwendung des im Extraordinarium pro 1875 zu unvorhergesehenen außerordentlichen Ausgaben für die Staatsbahnen ausgegebenen Dispositionsfonds von 900.000 M. beschließt das Haus nach dem Antrage des Referenten Hammacher „zu erklären, daß die Reichsacht über die Verwendung durch den vorliegenden Bericht nach Vorschrift des Staatsgesetzes für 1875 ordnungsmäßig erbracht ist.“ — Der Rechnungsbericht über die weitere Ausführung des Gesetzes vom 19. Dezember 1869, betreffend die Consolidation preussischer Staatsanleihen, wird nach dem Antrage des Referenten Lipke durch Kenntnissnahme für erledigt erachtet.

Die Ausgrabungen zu Olympia.

Nach der in vaterländischer Weise begangenen Feier des Weisnachtsfestes im Deutschen Hause zu Drupa ist Professor Curtius am 26. December v. J. nach Athen zu seinen dortigen Arbeiten zugrückgekehrt. Inzwischen sind die Ausgrabungsarbeiten in Olympia mit durchschnittlich 160 Mann und mehreren Kipptarren an der Ost-, Nord- und Westseite des Zeus-Tempels rüstig fortgeschritten und haben trotz der fortwährend unangünstigen Witterung und mehrfacher Unterbrechung durch byzantinische Festtage zu neuen und lohnenden Funden geführt.

Der Hauptfund — heißt es in dem eben herausgegebenen officiellen Bericht des „Reichs-anzeigers“ — wurde am 9. und 10. Januar in einer Distanz von nur 18 Metern genau nordöstlich von der Nordost Ecke der Oberstufe des Tempels gemacht. Hier wurde ähnlich, wie es im vorigen Jahre mit den Statuen des Greises, des tauern Knaben und des Flügels Gottes geschehen ist, ein Lager von fünf fragmentirten Bildwerken entdeckt, alle sicher zum Ostgiebel und überwiegend zur Nordhälfte seiner Statuengruppe gehörig. Die Stücke fanden sich zum Theil übereinander ruhend, zum Theil in einer der späten Mauerlinien als Bausteine benutzt, sodaß eine sehr weite Verschleppung vom Fallorte nicht stattgefunden zu haben scheint.

Das oberste Stück war der Torso eines knieenden Mädchens, 0,90 Meter hoch, in einer Stellung, welche der des Wagenlenkers von der südlichen Giebelhälfte fast genau entspricht. Das linke Bein ist untergeschlagen, das rechte hochgerichtet; der Oberkörper ist nach links hin stark vorgebeugt, während der rechte Arm — den Abdrucksuren zufolge, mehr nach unten gerichtet war. Das Mädchen ist mit einem langen umgeschlagenen Chiton bekleidet, der in seiner gehäuften und rundlichen Faltenbehandlung die an allen Gewandfiguren des Ostgiebels bisher beobachteten

Fortsetzung der Beratung des Staatshaus-haltsatzes. Zu Tit. 6 der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben („zu größeren, der staatlichen Leitung verbleibenden Landesmeliorationen und Deichbauten 1.000.000 M.“) spricht Abg. Köhler (Neuenhans) dem landwirtschaftlichen Minister seine Anerkennung dafür aus, daß derselbe seine besondere Sorge wie den anderen Zweigen der Landwirtschaft, so speciell auch der Ausführung der Moorcanalbauten zugewandt hat. Vor Allem wird die Canalisirung der unabsehbaren Moorflächen im mittleren Emsgebiete das beste Mittel gegen das so verurtheilte Moorrennen und den daraus entstehenden Moorbrand sein. Durch die im vorigen Jahre für diese Zwecke bewilligten 1.500.000 M. sind die Canalbauten um ein Bedeutendes ihrer Vervollendung näher gebracht worden. Redner wünscht, daß es dem Minister gelingen möge, im nächstjährigen Etat eine mindestens gleich hohe Summe wie im vorigen Jahre in Ansatz zu bringen. — Minister Friedenthal: Wenn es diesmal nicht möglich war, in das Extraordinarium die gleiche Summe wie im Vorjahre aufzunehmen, so wird die Differenz dadurch herabgemindert werden, daß es mir möglich ist, die Ueberschüsse aus früheren Jahren für Verwendungen, die in anderen Provinzen nicht stattgefunden haben, weil die Betheiligten über die Grundlage der Verwendung sich nicht zu einigen vermochten, diesen Beträgen noch zuzuführen, so daß auch in diesem Jahre im Ganzen eine Summe von circa 1.300.000 bis 1.400.000 M. für diesen Zweck verwandt werden kann. — Abg. Lammer hebt gleichfalls die große Wichtigkeit der Canalisation dieser Moorgebiete hervor und wünscht im nächsten Jahre eine noch höhere Summe dafür angelegt. — Abg. Hammacher weist darauf hin, daß die Canalisirung der Holland benachbarten Bestände nur einen glücklichen Fortgang haben könne, wenn man mit der holländischen Regierung Verträge über den Anschluß der Canäle abschließe. — Minister Friedenthal erklärt, daß ein solcher Vertrag vereinbart und dem Abschluß nahe sei. — Abg. Windthorst tadelt die diesjährige Verweigerung dieser Position. Um solche Unternehmungen schnell rentabel zu machen, müßte mit aller Energie an ihre Vervollendung gegangen werden. Uebrigens hätte man gegenwärtig einer Menge brodbroter Arbeiter dort Beschäftigung geben können.

Von dem Abg. Kraß wird zu diesem Titel die Resolution beantragt: Die Staatsregierung aufzufordern, dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen der Wilster Marsch zur Herstellung von Strom- und Ueberschuttsanlagen am Elbdeiche eine Staatsbahnhilfe im Verhältnis von 1/3 der gesamten Herstellungskosten gewährt wird. — Abg. Kraß motivirt diesen Antrag durch eine Darlegung der Verhältnisse jener Gegend. — Abg. Hansen beantragt Ueberweisung dieser Resolution an die nun 7 Mitglieder verstärkte Budgetcommission — dieser Antrag wird angenommen.

Zu Tit. 8. (Für das Dünenwesen in den Provinzen Preußen und Pommern 63.000 M.) macht Abg. Kummert auf die seit Jahren constatirte Thatsache aufmerksam, daß an vielen Stellen der pommerschen Küste, insbesondere aber im Regierungsbezirk Stettin die Dünenbildung wegen mangelnder Schutzvorrichtungen immer mehr in das Land hineindränge und damit immer mehr angebauten Küstentrecken der Verlandung und den einbrechenden Meereswogen zum Opfer fallen. Die bisher gegen dieses Unheil angewandten Mittel des Staates reichen bei Weitem nicht aus. Als das allein wirksame Gegenmittel habe sich nach der Erfahrung und dem übereinstimmenden Urtheil der Sachverständigen die Anforstung bestimmter Küstentrecken erwiesen. Leider aber sei hierfür von Seiten des Staates bisher sehr wenig geschehen. Wenn man bedenke, daß allein die Sturmflut von 1872 an den pommerschen Küsten durch Verlandung von Ueberschutts und durch Ueberschwemmung einen Schaden von 2 1/2 Mill. Thaler angerichtet, so sei das Verlangen gewiß gerechtfertigt, daß der Staat nicht so winzige Summen, wie sie dieser Etat aufweist, für eine Sache von solcher Bedeutung zur Verwendung bringe.

Eigentümlichkeiten wiederholt. Der linke Arm und mit ihm ein Theil der linken Brust ist abgefallen, so daß über die ursprüngliche Stellung desselben sich vorläufig nichts Sicheres sagen läßt. Neben diesem ersten Stück lag der untere Theil einer weiblichen Gewandstatue (0,72 hoch und 0,59 breit) vom Knie bis unten erhalten, doch sind die Füße abgebrochen. Das rechte Bein ist das Standbein, das nur leise gebogene linke das Spielbein. Die Hinterseite ist ganz unbeeinträchtigt und gerade abgegriffen. Das Gewand ist in wenige großartige Falten gegliedert. Höchstwahrscheinlich gehört das schöne Fragment zu der am 11. December entdeckten majestätischen weiblichen Figur, welche im vorletzten Berichte näher beschrieben und als Sterope oder Hippodameia bezeichnet worden ist. Obgleich ein kleiner Theil des Mittelkörpers noch fehlt, lassen die eingefallenen Stellen an der Zusammengehörigkeit jener beiden Torsostücke nicht zweifeln und gestatten zunächst in der Zeichnung eine sichere Restauration.

Etwas nördlicher und zum Theil unter einem großen Steine wurde das dritte Bildwerk gefunden. Es war der Torso eines nackten, etwas schmachtigen Knaben, vom Halse bis zu den Oberschenkeln erhalten. Die jetzige Höhe beträgt noch 0,85 Meter, die Schulterbreite 0,55. Er saß aufrecht nach rechts hin gewendet! der rechte erhobene Arm war vorgestreckt, der linke einst angesehnt, wie es scheint, ebenfalls vorwärts gerichtet, auch der Oberkörper nach vorn gebeugt, sodaß offenbar ein Tätigkeitsmoment, das mit der Führung oder Wartung der Rosse zusammenhängt, angedeutet ist. Die Vorderseite ist auch hier besser durchgebildet als die linke vom Beschauer abgewendete Seite. Der Kopf war eingeseckt. Ob die Statue in die Nord- oder Südhälfte einzureihen sein wird, muß vorläufig unentschieden bleiben.

Unter dem ersten Werke lag der hintere Theil eines trefflich modellirten Hengstes, von der Mitte an erhalten, nebst den oberen Theilen der Hinter-

Er hoffe bestimmt im nächstjährigen Etat einer bei weitem höheren Summe für diesen Zweck zu begegnen. Die Etats des Abgeordneten- und Herrenhauses werden ohne Debatte erledigt.

Beim Etat der Allgemeinen Finanz-Verwaltung befragt sich zu Tit. 10 („Einnahmen des vormaligen Staatschazes“) Abg. v. d. Goltz darüber, daß die Regierung auch nach dem Termin der Emanation des Provinzial-Verordnungs-Gesetzes fortfahre, die Chaussee-Einnahmen zu Gunsten der Regierungskasse zu veräußern, eine Maßregel, die dem Geist des Dotationsgesetzes durchaus zuwider sei, und die Provinzial-Verordnungen aufs Empfindlichste belaste, da dieselben gezwungen würden, für ihre Beamten neue Häuser zu beschaffen. Er hoffe, daß die Regierung aus dem Gefühl der Billigkeit und Gerechtigkeit mit dieser Maßregel innehalten und den Erlös aus diesen Häusern den Provinzial-Verordnungen zuwenden werde.

Zu Tit. 11 (Ueberschüsse aus dem ehemaligen kurfürstlichen Hanssack zu Kassel, 143.000 M.) bemerkt Abg. Windthorst (Meppen): Im vorigen Jahre wurde bei Beratung dieses Titels von der Regierung ausdrücklich zugestanden, daß die Einstellung dieser Position in den Etat der Rechtsfrage bezüglich des von den Agnaten des kurfürstlichen Hauses wegen Herausgabe des Schazes angestrengten Prozesses in keiner Weise präjudiciren solle. Der Reg.-Comm. kann nur bestätigen, daß die Einstellung dieser Position in den diesjährigen Etat in keinem anderen Sinne als in dem vorigen Etat geschehen ist. — Abg. Hammacher: Damit nicht die Meinung aufkomme, als ob es sich hier um eine Parteifrage handle, erkläre auch ich, daß ich es für selbstverständlich erachte, daß das Einstellen dieser Position in den Etat der Rechtsfrage in dem angestregten Prozeß in keiner Richtung präjudicirt. Ich muß hierbei aber meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß in den Eingaben seitens der Betheiligten in dieser Sache eine nervöse Gereiztheit zur Schau getragen wird, die auf die Berechtigung ihrer Ansprüche gerade kein sehr günstiges Licht wirft. (Sehr wahr! links.) — Abg. Windthorst (Meppen): Die Gereiztheit sei leicht erklärlich, da der Gegenstand, um den sich der Prozeß dreht, nicht, wie das sonst üblich, in dieser Frage genommen und separat verurteilt, sondern einfach inammert werde. Er selbst würde in solchem Falle nervös werden, obgleich er sonst an schwachen Nerven glücklicherweise nicht leide. (Heiterkeit.)

Zu Kap. 57 hat der Abg. Wächler (Schweidnitz) den Antrag gestellt, die Tit. 1 und 4a dieses Capitels, sowie die Tit. 4 und 5 des Cap. 92 im Etat für das Ministerium des Innern (Ausgabe-Positionen für die Oberpräsidenten und die Regierungen) der Budgetcommission zur Vorberatung zu überweisen. — Abg. Wächler (Schweidnitz): Sie finden in dem genannten Titel des Etats der allgemeinen Finanzverwaltung 385 Regierungspräsidenten und Regierungspräsidenten mit dem entsprechenden Gehalt und Wohnungszuschuß aufgeführt und in den genannten Titeln des Ministeriums des Innern 13 Directoren und Mitglieder der Verwaltungsgerichte aus der Zahl der Regierungspräsidenten mit dem entsprechenden Gehalte von 77.000 M. und dem Wohnungszuschuß ausgeworfen. Man hätte nun doch meinen sollen, daß diese letzten 13 aus der Zahl der Regierungspräsidenten entnommenen Stellen vom Etat der Finanzverwaltung abgesetzt wären. Das ist aber nicht der Fall. Es handelt sich hier um eine Etatsfrage von der allergrößten Bedeutung für unser Budgetgetroß, um die Frage, ob die Regierung Stellen, die sie aus dem einen Etat in den anderen überträgt, im ersten absetzen verpflichtet ist oder nicht, und zugleich um eine politische Frage insofern, als es zum ersten Mal zur Entscheidung kommt, praktisch zu beweisen, ob die neue eingeführte Verwaltungsorganisation in den Lasten des Staatshaushalts steht, also der Staatsbürger eine Erleichterung zur Folge hat oder nicht. Bekanntlich hat sich in der Verwaltung des Ministeriums des Innern der Geschäftsumfang seit Einführung der Selbstverwaltung erheblich verringert und wird mit dem Fortschreiten der Selbstverwaltung noch mehr verringert werden. Andererseits wird über die großen Kosten der

schenkel. Das Thier war in unruhiger Bewegung, nach links hin etwas aufspringend dargestellt.

Neben dem Knaben fand sich endlich ein höchst werthvolles Bruchstück, nämlich die genau passende Fortsetzung zu der ebenfalls schon im vorletzten Berichte erwähnten Hochreliefplatte mit den beiden Pferdehälsen. Dadurch ist der hintere Theil des Viergespanns in der Nordhälfte, nämlich zwei Rosse, nach Umrißlinie und Hauptmaßen gewonnen worden, so daß mit Zuhilfenahme des eben gefundenen Hengsttorso sowie zahlreicher älterer Pferdebruchstücke, Beine, Hufen, Schweife u. dgl. schon jetzt eine ansehnlich zuverlässige Restauration der ganzen Quadriga gegeben werden kann. Wie sehr durch solche sichere Begrenzung der Einzelgruppen nach Maß und Silhouette die Beurtheilung der großen Gesamtcomposition des Paionios gefördert wird, bedarf keiner näheren Begründung.

Vom Westgiebel sind neuerdings nur bescheidene Bruchstücke, menschliche Arme und Füße, mehrere Pferdebeine und dergleichen an's Licht getreten. Vor der Nordseite, fast in der Mitte, ist der trefflich gearbeitete Arm einer marmornen Kolossalstatue gefunden worden; weiter östlich der sehr beschädigte Torso einer archaischen Statue der dreigestaltigen Hekate. Auch der Vorrath von Bronzen hat sich in erfreulicher Weise vermehrt; außer Pfeil- und Lanzenspitzen, Beschlägen und dergleichen ist eine reich verzierte Nabel, der mit einem Windhundkopfe und kleinen Enten geschmückt Handgriff eines großen Gefäßes, sowie Arm und Hand einer mittelgroßen Statue hinzugekommen.

In architektonischer Beziehung ist der Fund eines wohl erhaltenen Traufinnenstücks mit Zwenkopf vom Zeusempel (Nordwestecke) um deswillen erwähnenswerth, weil auf demselben zum ersten Male die sicheren Spuren von Malerei (Astragal und Palmettenfries) beobachtet worden sind. Damit ist auch diese für den Zeusempel zu Olympia bisher noch offene Frage, ob derselbe auf seiner äußeren Stuchhaut bemalt gewesen ist, durch den

Selbstverwaltung vielfach geklagt und nun hört man mit Recht die Beschwerde; trotzdem wir so und so viele neue Kreis- und Provinzialbeamte aufstellen müssen, vermindert sich das Heer von Beamten im Staate nicht, sondern bleibt fortwährend dasselbe. (Sehr richtig!) Hier nun liegt ein Punkt vor, wo es die Aufgabe der Landesvertretung ist, einmal den Sattel anzusetzen und zu sehen, ob sie ihrerseits diesen Klagen nicht Abhilfe verschaffen kann. Die Uebernahme dieser 13 Regierungspräsidentenstellen in das Ministerium des Innern und ihre gleichzeitige Belassung im Etat der Finanz-Verwaltung ist nichts mehr und nichts weniger als eine Erleichterung von 13 neuen Stellen und die Budget-Commission, und so dann das Haus wird zu prüfen haben, ob wirklich ein Bedürfnis vorhanden ist, die Kosten für diese 13 neuen Beamtenstellen zu bewilligen oder nicht. (Beifall.) — Der Reg.-Comm. hebt den Ausführungen des Vorredners gegenüber hervor, daß 17 außerordentliche Stellen gestrichen worden seien. — Abg. Febr. v. Goltz: Ich glaube, daß die Klage des Abg. Wächler eine nach vielen Richtungen hin sehr begründete ist. Allgemein im Lande ist der Vorwurf laut geworden, daß man überall neue Selbstverwaltungs-Beörden errichte, ohne die alten abzuschießen oder zu vermindern, obwohl es feststeht, daß viele davon beinahe ganz unbeschäftigt sind. — Abg. Windthorst (Meppen): Auch ich glaube, daß der Abg. Wächler sich durch die Anregung dieser Beschwerde ein Verdienst erworben hat. Wenn die Selbstverwaltung eine neue Serie von Beamten geschaffen hat und die alten daneben noch fort-dauern sollen, so wird man über das Maß von Regierungsgelohn im Lande äußerst bedenklich sein müssen. Einen Punkt wird die Regierung wahrscheinlich in der Commission zu ihrer Entscheidung vorbringen, daß nämlich die Regierungen und insbesondere die Oberpräsidenten durch den Culturkampf sehr in Anspruch genommen werden. Es ist ja auch ganz natürlich, daß hierfür allein schon eine Regierung erfordert wird, und falls der Abg. Wächler irgendwie sich Hoffnung auf die Erfüllung seiner Wünsche machen will, so möge er uns beistehen, daß endlich einmal dieser Culturkampf beendet werde.

Abg. Febr. v. Seereman: Ich habe im vorigen Jahre dem Minister den Vorwurf gemacht, daß er den Culturkampf in ein Gebiet hinübertrage, welches äußerst bedenklich ist, in das Gebiet der Communalverwaltung. Leider habe ich erfahren müssen, daß meinem Wunsche auf Abänderung dieses Uebelstandes nicht Folge gegeben worden ist, und daß auch noch weiter Bürgermeister und Amtleute nur dann ernannt, sowie Mitglieder gewählter Communevertretungen nur dann bestätigt werden, wenn sie möglichst tüchtige Culturkämpfer sind. Ich habe speziell einen Fall vorzutragen, in welchem es sich um eine Abhebung unseres Collegen Schmid in Hohenjollen als Gemeinderath auf dem Wege der Disciplinaruntersuchung handelt. Die Gemeinderäthe gehen in Hohenjollen aus freier Wahl hervor und bezeichnen dasselbe, was bei uns die Magistratsmitglieder; sie sind unbesoldet und gezwungen, die Wahl anzunehmen. Ihre Befähigung ist lediglich eine ererbte und beschließende als Beirath der Oberbürgermeister; eine polizeiliche Befähigung dagegen steht ihnen völlig fern. Schmid ist nun wegen der Agitation für seine Wahl abgesetzt worden, und zwar angeblich wegen Handlungen, deren staatsfeindlicher Character ihn nicht dazu befähige, das Amt weiter zu verwalteten. Als Gründe werden in dem Disciplinarerkenntnis u. a. angegeben: daß er 1875 einen Wahlaufruf verfaßt habe, worin er erklärte, daß er die Hohenjollen'schen Angelegenheiten im Sinne nicht habe zur Sprache bringen können, weil die liberale Majorität des Abgeordnetenhauses zu sehr mit dem durch die Logen heraufbeschworenen Culturkampf beschäftigt sei; daß er sich in einem weiteren Aufruf gegen den Culturkampf überhaupt ausgesprochen und auf dessen verderbliche Folgen hingewiesen habe; und daß er endlich erklärt habe, daß er so lange das Sedanfest nicht feiern könne, wie die liberale Presse dasselbe als Sieg des Protektantismus über den Katholicismus, d. h. des Atheismus über die

Thatsache definitiv entschieden. Was bisher von wohl erhaltenen studirten Baugliedern zu Tage gekommen war, ließ namentlich bei Benetzung allerlei Färbungsspuren erkennen, aber ein genau zu zeichnendes Ornament hatte trotz sorgfältiger Prüfung vieler Baufunde nicht constatirt werden können. Um so erfreulicher ist jener Fund; lehrreich auch darin, auf wie geringe Fragmente eine so statiliche decorative Malerei, wie sie nach zahlreichen Analogien auch hier vorausgesetzt werden konnte, durch die elementaren Einflüsse eingeschränkt werden kann.

Das Gebiet der Epigraphik ist ebenfalls in den letzten Wochen nicht leer ausgegangen, obgleich überwiegend nur späte Inschriften bekannt geworden sind. Interessant ist eine Künstlerinschrift des Polymnestos von Athen, von welchem Dr. Hirschfeld hervorhebt, daß zwei Inschriften der Akropolis zu Athen seine gemeinsame Thätigkeit mit einem anderen Bildhauer Kerkiras erwähnen. Außer einer zweiten sehr späten Liste heiliger Beamten, sowie der Ehrenbasis eines Paionier Königs ist auch ein Sieger der 219. Olympiade (92 n. Chr.) bekannt geworden.

Von allen größeren Funden der diesjährigen Campagne, statuarischen wie architektonischen sind bereits anschauliche Zeichnungen eingetroffen, welche den Berichten zur ermündigten Illustration dienen und ein besseres Folgen gestatten. Um diesen Arbeitszweig hat sich der königl. Bauführer Steinbrecht, welcher dem Baumeister Streichert zur Unterstützung beigegeben worden ist und seit dem 30. December in Drupa weil, verdient gemacht. In Folge des bedeutend gesteigerten Arbeitsbetriebes ist auch Dr. Hirschfeld ein Ablatus bewilligt worden. Die Wahl ist auf Dr. Weil gefallen, der schon am Schlusse der ersten Campagne fungirt hatte und dann während des Sommers und Herbstes für das Reichsinstitut in Athen gearbeitet hat. Seine Ankunft wurde Ende Januar erwartet.

positive Religion feiern. Nun möchte ich wirklich einmal wissen, in welchem dieser Punkte irgend etwas Staatsfeindliches enthalten ist. Ueberdies ist bei dem letzten Punkt der die ganze Sachlage ändernde Satz ausgelassen, welchen Schmid hinzufügte: „aber ich will nicht den Streit der Eltern auf die Kinder übertragen,“ und daß es das Sedanfest selbst mitgefeiert hat (Hört! im Centrum). In dem Disziplinargesetz ist gesagt, daß ein Staatsbeamter abgesetzt werden kann, wenn er die Pflichten seines Amtes verläßt, und wenn er seine Stellung durch sein Auftreten nach außen so compromittirt, daß es das Vertrauen seiner Mitbürger verliert. Bei der Debatte über dies Gesetz wurde aber ausdrücklich hervorgehoben, daß die politische Parteilichkeit selbst bei direkten Staatsbeamten keinen Grund abgeben soll. Ein derartiges Vorgehen, wie es bei dem eben vorgebrachten Fall von Seiten der Regierung beobachtet ist, ist außerdem eine directe Verletzung der Wahlfreiheit. Andererseits hat die Regierung selbst es ihren Beamten gestattet, zu agitierten, und nirgends ist es schlimmer gewesen als in Hohenzollern. Die Regierungspräsidenten und Oberamtmänner haben Versammlungen abgehalten und die Gemeinderäthe aufgefordert, im Interesse des Landes regierungsfreundlich zu stimmen; Einer hat ihnen sogar gesagt, daß sie selbst für die Folgen verantwortlich wären, ein anderer hat dagegen die Centrumpartei eine Lumpenpartei genannt (Hört! Hört!), ein Ausdruck, dem gegenüber der von der „Magdeb. Ztg.“ gebrauchte Ausdruck „Schelm“ wirklich noch einen wohlbedingten Mann bezeichnet. (Heiterkeit.) — Minister Graf v. Guleburg: Daß man nicht von vornherein Leute bestimme, die ihr Amt in regierungsfeindlichem Sinne führen, ist wohl natürlich. In solchem Kampf, wie der jetzige, muß man eben von den Waffen Gebrauch machen, die man hat, um nicht zu unterliegen. Ich kann nur wünschen, daß diese Waffe möglichst geschickt gehandhabt werde (Heiterkeit), damit sie nicht zu einer Gefährdung wird. Was den vorliegenden speziellen Fall anbetrifft, so kann ich darüber keine Erklärung abgeben. Ich habe davon gehört, aber dieses Disziplinargesetz ist eben ein Erkenntnis, und wenn dasselbe falsch begründet ist, so ist das einfachste Mittel, den Recurs zu ergreifen. Ob das geschehen ist, habe ich nicht gehört, vielleicht steht die Entscheidung über den Recurs noch aus; dann kann ich mich nicht selbst präjudizieren, indem ich jetzt schon eine Erklärung abgebe. — Abg. Windthorst (Bielefeld): Falls die Sache sich so verhält, wie der Abg. v. Seemann sie vorgebracht, so ist das allerdings fast ganz ungläubig und die Kritik war ganz zutreffend. Was man seitens der Regierung hervorgehoben hat an den Handlungen des Herrn Schmid, kann man ja billigen oder nicht. Wenn er eine Lüge als die Urheberin des Culturkampfes bezeichnet, von der andersgläubigen Kammermajorität spricht, sich nicht scheut, die Sedanfeier als die Freude über den Sieg des Protestantismus über den Katholicismus zu bezeichnen (Hört!), so sind solche Behauptungen allerdings nicht sehr geeignet, den Frieden zu Stande zu bringen. Aber alle diese Dinge sind noch nicht geeignet, ein solches Verfahren zu rechtfertigen; vor allen Dingen kann man ihm doch keinen Vorwurf daraus machen, daß er für seine eigene Candidatur aufgetreten ist. Mir scheint aus diesem Verhalten des Ministers der Grund hervorzugehen, weshalb man die Selbstverwaltungsgesetze nicht auf die westlichen Provinzen ausdehnen will. Es wäre richtiger, aus den Reihen der Ultramontanen die Leute zur Selbstverwaltung heranzuziehen, und sie so zu zwingen an der Ausführung der Gesetze theilzunehmen, wenn auch gegen ihren Wunsch; das würde mehr zur Zufriedenheit beitragen, als das jetzt beliebte entgegengesetzte Verfahren. Noch viel höher aber als alle diese Fragen steht mir die Freiheit des politischen Wahlrechtes; ein derartiges Wahlmandat ist in keiner Weise zu billigen. Meine Parteigenossen haben nicht vergessen, daß wir in derselben Lage gewesen sind und werden es niemals vergessen, daran hindert uns unser Gerechtigkeitsgefühl. Vielleicht hat der Hr. Schmid den Recurs unterlassen (Stimmen im Centrum: Nein!); dann wäre es allerdings besser gewesen, erst das Erkenntnis der obersten Instanz abzuwarten. Der Minister sollte doch die Aufsichtsbehörden vor dem politischen Fehler solcher Untersuchungen und solcher Erkenntnisse warnen. Wenn auch gerade im Culturkampf mit den schärfsten Mitteln gekämpft werden muß, so muß man doch auch offen und ehrlich kämpfen. Es soll nicht allein geschickt gekämpft, sondern im Kampfe auch die Ehre gewahrt werden. — Abg. Windthorst (Weppen): Die Stellung des Vorredners zu dieser Frage hat mich innig gefreut. Er hat besonders den Rechtspunkt hervorgehoben, und das ist ehrenvoll. Wenn wir uns doch alle bemühen wollten, in ähnlicher Weise den Rechtspunkt zu suchen, so würden die Sachen besser gehen. (Abg. Lasker: Sehr wahr!) und nach der Feststellung des Abg. Lasker erwarte ich, daß er mit gewohnter Berechnung dafür eintreten wird (Heiterkeit). Man hat angeführt, daß der Recurs noch nicht entschieden sei, und daß man deshalb hätte warten sollen. Einmal wissen wir nicht, ob wir dann noch verurtheilt sind, und dann haben wir damit curiose Erfahrungen gemacht. Man kann niemals früh genug dem Lande zeigen, in welcher Weise der Culturkampf auf alle Verhältnisse wirkt. Der Minister sagt, er habe keine Veranlassung, sich um die Sache zu kümmern. Aber ein Minister des Innern im Allgemeinen pflegt bei so exorbitanten Fällen sich ohne weitere Veranlassung Bericht erlassen zu lassen und dann die unteren Behörden zu rectifizieren. Seine Antwort hätte deshalb lauten müssen: Ich werde sofort die nöthigen Recherchen anstellen, und wenn sich die Sache wirklich so verhält, dem Unfug sofort steuern. Aber der Partei gegenüber, der ich angehöre, handelt es sich darum, jegliches Ungeheuer zu lassen, was man in „geschickter“ Weise anbringen kann. Das Wort „geschickter“ ist schon mehrmals gebraucht worden, daß ich um eine Definition desselben eruchen möchte. Die Regierung soll offen und ehrlich vorgehen; wenn da von größerer oder geringerer Gefährlichkeit die Rede ist, so führt das die Beamten auf verderbliche Wege. (Sehr richtig!)

Beim Kap. 60, Tit. 1 (Zufuß zur allgemeinen Wittwen- und Pensionsanstalt) empfiehlt Abg. R. v. a. eine Reform der Pensionsverhältnisse der Hinterbliebenen preussischer Staatsbeamten in einer den Bedürfnissen der Zeit entsprechenden Weise; er weist besonders darauf hin, daß für die Wittve Pensionsansprüche habe, während für die Kinder, die Vater und Mutter verloren haben, nichts geschieht. — Der Reg.-Comm. erklärt, daß die Staatsregierung die Pensionsverhältnisse der Hinterbliebenen von preussischen Staatsbeamten für angemessen erachtet.

Zum Kap. 62, Anhang, Renten u. s. w., bemängelt Abg. v. d. Holtz noch einmal, daß die Provinzial-Regierungen bei Lebergabe der Chaussees an die Provinzen die Chaussee-Wärter- und Einnehmerhäuser nicht mit übergeben und sogar den Verkauf derselben in einzelnen Fällen so beschleunigt haben, daß die Provinzen eine Entschädigung über deren Erwerbungen nicht fassen konnten. — Geh. Rath Scholz stellt das letztere entschieden in Abrede, man habe den Verkauf nicht hinausschieben können, wie es die Provinzen gewünscht haben, aber man habe ihn auch nicht aufhalten beschleunigt.

Zu Kap. 63 (Wartegelder) wünscht Abg. Hammer eine Aufklärung darüber, ob der Freiherr v. Landsberg, der 6840 M. jährlich Wartegeld als ehemaliger vortragender Rath des Landesburgischen Staats-Ministeriums beziehe, nicht durch Annahme der Stellung als Landesdirector von Westfalen des Anspruchs darauf verlustig gegangen sei. — Abg. Petri beantragt zur genaueren Prüfung

dieser Frage das Capital an die Budgetcommission zu überweisen. — Das Haus beschließt, den Titel an die Budgetcommission zu verweisen.

Den Titel 2 der einmaligen Ausgaben: Zum Ankauf eines Hauses für den Regierungs-Präsidenten zu Danzig beantragt Abg. Lipke zu streichen; früher habe man von Seiten der Regierung gesagt, der Regierungspräsident solle möglichst im Regierungsgebäude selbst wohnen; jetzt ist derselbe Beamte, der diesen Grundsatz im Hause ausgesprochen hat, Regierungspräsident geworden und hat, allerdings auf eigenes Risiko, ein Haus gekauft, welches vom Regierungsgebäude sehr weit entfernt ist. — Abg. Richter bittet dagegen, den Kosten zu bewilligen. Als der neue Regierungspräsident ernannt war, habe man keine Wohnung für denselben finden können; er habe im Hotel wohnen müssen, bis ihn ein günstiger Hauskauf in Stand setze, eine eigene Wohnung zu beziehen. Die Entfernung des Hauses vom Regierungsgebäude ist auch nicht so groß, daß daraus eine Verletzung des dienstlichen Interesses entstehen sollte. Alle Regierungspräsidenten mit Ausnahme des Danziger hätten bereits Dienstwohnungen; warum solle man sie dem Einen vor-enthalten. In der Vorlage sei auch die Frage der Theilung der Provinz angedeutet. Wenn es zur Theilung komme, würde die Staatsbehörde, falls das Haus nicht erworben sei, in Verlegenheit kommen, da im Laufe dieses Jahres für die Unterbringung der Behörden Vorbereitungen getroffen werden müßten. — Geh. Finanzrath Grander empfiehlt dringend die Bewilligung des Postens; um ein Prinzip handele es sich dabei gar nicht, weil allen übrigen Regierungspräsidenten bereits Dienstwohnungen in natura gewährt seien. Die Entfernung des Wohnhauses vom Regierungsgebäude sei nicht so bedeutend, in Berlin hätten jedenfalls die meisten Beamten einen weit größeren Weg zu machen. — Abg. Windthorst (Weppen) befragt die Bewilligung; am Besten sei es allerdings, wenn der Regierungspräsident im Gebäude selbst wohne. Aber immer besser sei es, denselben ein Wohnhaus zu kaufen, wenn auch in einiger Entfernung vom Regierungsgebäude, als ihn den Zufälligkeiten einer Mietwohnung auszuliefern. Von einer Unangemessenheit oder von einem zu hoch bemessenen Preise des Hauses sei nicht die Rede gewesen. — Der Titel, sowie alle übrigen Titel dieses Etats werden bewilligt.

Es folgt der Etat des Ministeriums des Innern.

In Cap. 31, Tit. 1 der Einnahmen (an Kosten-einnahmen des Oberverwaltungsgerichts, der Bezirks-Verwaltungsgerichte und der Deputationen für das Heimathswesen 36334 M.) bringt Abg. Röderath zur Illustration der Wirksamkeit dieser Selbstverwaltungsbehörden folgenden Fall zur Kenntniss des Hauses. In Köln empfing ein Mann von der Bezirks-Armenscommission eine monatliche Unterstützung von 4 Thlrn. Als man aber erfuhr, daß derselbe ein notorisches Jahreseinkommen von 780 Thlrn. habe — während doch nach dem Anspruch des Abg. v. Meyer (Arnsvalde) eine Familie mit 420 M. jährlich leben kann — wurde ihm die Unterstützung gestrichen. Der betreffende Unterstützungsempfänger hat aber in letzter Instanz bei der Deputation für das Heimathswesen ein Erkenntnis erlitten, wonach die Armencommission der Stadt Köln angewiesen wird, nicht nur die monatliche Unterstützung von 4 Thlrn. weiter zu zahlen, sondern auch den Betrag für die drei Monate des Verfahrens nachzugeben. Obwohl die Stadtverordneten-Verammlung von Köln und die rheinische Provinzial-Vertretung gegen diese Entscheidung remonstrirt, hat der Oberpräsident die Remede abgelehnt, weil nach dem Gesetz die Deputationen für das Heimathswesen in diesen Dingen definitiv erkennen. In der Begründung der Appellationschrift des in Rede stehenden Unterstützungsempfängers an die Deputation sei namentlich hervorgehoben worden, daß von der ultramontanen Armencommission ihm die Unterstützung gestrichen sei, weil er tren an seinem „alten“ katholischen Glauben hange. Redner will nicht sagen, daß dieses Motiv bei der Entscheidung der Deputation maßgebend gewesen sei, jedoch sei es schon bedenklich, wenn nur solche Gründe für geeignet gehalten werden, ein Unterstützungsgesetz zu motivieren. Wenn man mit dem vorgetragenen Falle den vom Redner neulich erwähnten vergleiche, wonach von einem armen Kölner Handwerker mit einem Wochenlohn von 7 Thlrn. auf eventuellen Wege eine jährliche Steuer von 110 M. eingezogen wurde, so sei eine Erregung der Bevölkerung erklärlich und der Wunsch, die Mitglieder der Deputation für das Heimathswesen, welche die erwähnte Entscheidung getroffen haben, aus ihrem Amte entfernt zu sehen, berechtigt. — Persönlich verwahrt sich der Abg. v. Meyer (Arnsvalde) dagegen, daß er die Behauptung allgemein aufgestellt habe, eine Arbeiterfamilie könne gut von 420 M. jährlich leben. Er habe das nur von seiner speziellen Heimath, den Grenzbezirken der Mark und Hinterpommern, behauptet und halte das für richtig. Allerdings gebe die liberale Presse die möglichste Mühe, ihn — wie es auch in diesem Falle geschehen sei — allerlei Anfinn reden zu lassen. (Heiterkeit.) — Die Position wird genehmigt.

Zu Tit. 5 (Strafanstaltsverwaltung) beantragen Abg. Ebertz u. Gen. die Regierung aufzufordern: „I. In nächstfolgenden Etat eine genaue Nachweisung darüber vorzulegen, wieviel aus jeder ihrer einzelnen Einnahmequellen der Strafanstalts- und Gefängnisverwaltung zugeflossen, und zwar: a) aus dem Arbeitsverdienst der Gefangenen, 1. für den eigenen Bedarf der einzelnen und sämtlicher Anstalten, 2. für eigene Rechnung der einzelnen und sämtlicher Anstalten zum Verkauf, 3. für Dritte gegen Lohn, b) von Erträgen aus der Feld- und Gartenanbau der einzelnen und sämtlicher Anstalten: 1. der Anstalten selbst, 2. soweit diese verpachtet sein sollten: an Pächtern, 3. an erstatteten Unterhaltungskosten, unter Angabe, wie diese erwachsen und worin sie bestehen. II. Zum Zwecke der Lieferung der Nachweisungen zu: a) ein Zusammenwirken der Ministerien des Innern und der Justiz eintreten zu lassen, b) die Mitwirkung der Polizeiverwaltung eintreten zu lassen, insbesondere um die Ursachen der Verbrechen und Vergehen, — durch Ermittlung der Familien-, Nahrungsverhältnisse und der gesellschaftlichen Stellung der Sträflinge ans Licht zu stellen. III. Die vergleichende Statistik des Gefängniswesens durch Austausch der Gefängnisstatistik Italiens, Großbritanniens und Frankreichs mit unserer staatlichen Gefängnisstatistik zu fördern.“ Ferner: „Bei der Unterbringung verurtheilter Kinder in Erziehungs- und Besserungs-Anstalten vorzüglich die Beschäftigung dieser Kinder beim Landbau in das Auge zu fassen.“ Endlich: „Statt der fabrikmäßigen Beschäftigung der Gefangenen, soviel als möglich die Beschäftigung derselben bei öffentlichen Werken, insbesondere beim Landbau eintreten zu lassen.“

Abg. Ebertz: Die gesetzlich gleichmäßige Regelung des Strafvollzugs für das deutsche Reich muß auf den Reichstag übergehen. Denn sie ist eine Konsequenz der Rechts Einheit in Beziehung auf das Strafrecht und das Strafverfahren. Die Verwaltung des Gefängniswesens innerhalb dieser Grenzen gebührt den einzelnen Staaten aus dem äusseren Grunde, weil sie die Mittel dazu zu bewilligen haben, aber auch aus dem innern, weil dieser Verwaltungszweig von der den Einzelstaaten anstehenden Volkserziehung mit berührt wird. Die preussische Verwaltung der Strafanstalten und des Gefängniswesens überhaupt entspricht ebenbürtig den finanziellen als den Cultur, insbesondere den Erziehungsinteressen des Staats. Zahlen entscheiden hier. Die Rückfälligkeit beträgt 78 Proc., die Gefängnisse reichen nicht mehr aus, um die Zahl der zu Verhaftenden auf-

zunehmen. Dies steht unmittelbar im Zusammenhange mit den Einnahmen der Strafanstaltsverwaltung, mit denen wir es hier zu haben. Soweit die Verbringung der Arbeitskräfte stattgefunden, ist dadurch der freien Arbeit eine Concurrenz entgegengesetzt, welche unumverwandlich zum Nachtheile der freien Arbeit wirkt. Denn die Gefangenen werden vom Staate erhalten, Kost und Wohnung liefert ihnen der Staat. Das hierdurch der Wettkampf ein ungleicher wird, wer wollte das leugnen. Aber für die Besserung der Gefangenen läßt sich außerdem kein schlechterer Plan erfinden, als der der verdingten fabrikmäßigen Beschäftigung der Gefangenen. Erlangen sie die Freiheit wieder, so thürmen sich ihnen die größten Schwierigkeiten entgegen. Ihre Erwerbsfähigkeit hängt davon ab, daß ein Fabrikherr sie in seiner Werkstatt aufnimmt; ohne solche Gunst sind sie verloren. Der Textilindustrie wird dadurch eine nicht unbedeutende Concurrenz, nämlich von 3729 Arbeitern und Arbeiterinnen, den Buchbindern eine solche von 1718, der Indusries, der Holz- und Schnitzstoffe von 2978, der der Bekleidung und Reinigung von 2895 (darunter 1104 Schuhmacher) entgegengesetzt. Wie sollen hierbei die freien Arbeiter bestehen? In welcher Weiberei, in welcher Holzschmittwerkstatt werden andererseits die entlassenen Gefangenen Aufnahme finden? Daß aber die Verbrecher durch solche Beschäftigung nicht gebessert werden, das lehrt die erschreckend hohe Zahl der Rückfälligkeit, welche außer in Italien, wohl in keinem Lande der Christenheit ihres Gleichen findet. Erschreckend ist diese Zahl nicht bloß, weil viele menschliche Seelen nach wie vor dem Verderben Preis gegeben werden, — sondern auch wegen der immer mehr zunehmenden Unsicherheit. Einbrüche, das ist bekannt, werden von Dieben von Profession, fast immer von mehrmals Verurtheilten verübt. Der Grund hiervon liegt in dem Mangel an Einheit in der Verwaltung — und in der daraus entspringenden Systemlosigkeit. Die Macht ist getheilt zwischen den Ministern der Justiz und des Innern, und in den verschiedenen Strafanstalten herrschen verschiedenartige Systeme, von der unangenehmsten Vermischung der Gefangenen, bis zur übertriebenen Einzelhaft, mit allen ihren lästigen Folgen der Wissenschaft und der Erfahrung verurtheilten Auswüchsen, den Kappen, den Festküssen, den Spazierbüßen. Schwierig wird man irren, wenn man die Systemlosigkeit der Verwaltung als eine mitwirkende Ursache der Mißerfolge bezeichnet. Dieser Systemlosigkeit zu begegnen, einen klaren Ueberblick über die Gefängnisverwaltung zu liefern, darauf sind meine Anfragen, und daran sich anschließende Antworte gerichtet. Die nächstliegende Verwendung der Arbeitskräfte sollte für den eigenen Bedarf der Anstalt sein. Auf die darauf gerichtete Anfrage ist die Staatsregierung die Antwort schuldig geblieben. Strafanstaltsverwaltung und Polizei befinden sich beide in der Hand des Ministers des Innern. Aber die Staatsregierung hat es nicht für gut befunden, diese Kräfte zu combinieren, um die Ursachen der Verbrechen zu ermitteln. Die Polizei ist aber viel mehr im Stande als die Straverwaltung über das Verbrechen, den Ursachen der strafbaren Handlungen nachzuspüren und zu ermitteln, inwiefern sie in den Familien-, Berufs- und Erwerbsverhältnissen zu suchen sind. Die Berichte des Metropolitan und Citypolizei in London liefern glänzende Ergebnisse in dieser Beziehung. Daß die mangelhafte Erziehung Hauptursache des Verbrechens ist, hat die Staatsregierung anerkannt und auf meine Anfrage einen Gesetzentwurf zur Ausführung der Paragraphen des Strafgesetzbuches vom 26. Februar 1876 über Unterbringung verwahrsamer Kinder in Erziehungs- und Besserungsanstalten in Aussicht gestellt. Der Quelle aller Verbrechen nähert man sich hierdurch. Wird ein solcher Gesetzentwurf, wie zu erwarten steht, vorgelegt, so wird alles darauf ankommen, die richtige Methode bei der Heilung des Uebels anzuwenden. Diese wird hauptsächlich in der Beschäftigung der Kinder beim Landbau bestehen; das System der Beschäftigung jugendlicher Verbrecher beim Ackerbau hat sich in der ganzen Welt als Hilfe bewährt. Nur, wenn man den Ursachen des Verbrechens nachgeht, nur wenn man die Verbrecher so beschäftigt, daß sie nach ihrer Entlassung auf eigenen Füßen stehen können, wenn man die Wissenschaft der Gefängnisstatistik und der Beschäftigung der Gefangenen bei öffentlichen Werken befördert, wird es möglich sein, der immer mehr zunehmenden Flut der Verbrechen, welche die Sicherheit des Bürgers gefährdet und den Staat in seinen rechtlichen und sittlichen Grundlagen erschüttert, einen Damm entgegen zu werfen.

Abg. Götting: Im Allgemeinen bin ich mit den Ausführungen des Abg. Ebertz einverstanden, aber in Bezug auf einen Punkt möchte ich Sie warnen. seinem Rathe zu folgen. Der Grund der großen Anzahl von Rückfällen ist lediglich in dem System der gemeinschaftlichen Haft zu suchen und eine Besserung nur dadurch zu schaffen, daß man das Zellenstystem anwendet, ein System, das ja nicht mit dem der Einzelhaft zu verwechseln ist. Der Colledge Ebertz führt uns vor, daß in Preußen 78 Proc. Rückfälle stattfänden, während diese Zahl sich in England und Irland nur auf 70 Proc. beläuft. Es ist jedoch hierbei zu berücksichtigen, daß die preussische Statistik die Rückfälle ganz anders berechnet, als die englische. In England und Irland werden diejenigen Verbrecher, welche die sogenannten Urlaubsscheine erhalten haben und dieselben verwirten, unter eigener Aufsicht aufgeführt und kommen nicht in die Rubrik der Rückfälligen und außerdem nicht zu bemerken, daß 75 Proc. der entlassenen Verbrecher auswandern. Die Erfahrung spricht entschieden gegen die Auffassung des Abg. Ebertz, als ob eine Verminderung der Rückfälle durch Arbeit im Freien herbeigeführt werden könne und ich möchte ihn da speciell auf Italien hinweisen, in welchem Lande der Procentsatz eben so groß ist wie in Preußen. Die einzige Besserung kann durch den Unterricht erzielt werden, und der ist nur möglich innerhalb der Gefängnisse. Bei den gemeinschaftlichen Arbeiten außerhalb treten die Gefangenen im Verkehr mit dem Publikum, vor allem aber mit einander, und an eine ernsthafte Besserung ist nicht zu denken. Thatsache ist ferner, daß Complotte fortwährend bei den Arbeitern im Freien vorkommen, und wenn man den finanziellen Gesichtspunkt berücksichtigt, so kostet die Arbeit im Freien bedeutend mehr, als die Arbeit im Innern, weil man um Verführungen zu verhindern, hinter jeden Gefangenen zwei Aufseher stellen mußte. Deshalb kann ich nur dringend empfehlen, bei dem Zellenstystem, zu welchem wir glücklicherweise übergegangen sind, stehen zu bleiben. (Beifall.)

Reg.-Comm. Geh. Rath Illing: Der Vorredner hat im wesentlichen den Standpunkt vertreten, welchen die Regierung eingenommen hat. In Betreff der Beschäftigung der Gefangenen wird die Regierung in Uebereinstimmung mit den Wünschen des Landtages bei ihrem bisherigen System verharren und auf die Vorschläge des Abg. Ebertz nicht eingehen. In den Jahren 1872—1874 haben wir 2000 Cigarrenarbeiter, 1800 Weber und 1000 Schuster beschäftigt. Dieselben haben den betreffenden Industriezweigen keine nennenswerthe Concurrenz bereitet wenigstens im Gegensatz zu denjenigen, welche sie ihnen auch auf freien Füßen bereitet hätten. Es ist auch billig, daß die Sträflinge einen Theil ihrer Unterhaltungskosten abarbeiten und andern steht nach einer Schätzung der Reichsanstaltscommission, welche ich noch für zu hoch gehalten habe, die Arbeit von zwei bis drei Sträflingen gleich der eines freien Arbeiters. Wir haben auch bessere Resultate wie in Irland erzielt. 1873—1874 verdiente ein Sträfling bei uns nach Abzug der Unkosten durchschnittlich etwas über 31 Thlr. jährlich und kostete etwas über 70 Thlr. In Irland verdiente er 1 Pfund 3 Schillinge und kostete 35 Pfund. Der Verdienst betrug also etwa ein Viertel des unsrigen, während die Kosten

dreimal so hoch waren wie bei uns. Die Beschäftigung in der Landwirtschaft wird nach Möglichkeit erstrebt, sie ist jedoch auch nach der Ansicht der Commission des Reichstages wegen der vielfachen dabei stehenden Schwierigkeiten äußerst selten durchzuführen.

Sämtliche Einnahmepositionen werden genehmigt, dagegen die Anträge Ebertz abgelehnt. — Nächste Sitzung: Dienstag.

Danzig, 5. Februar.

Die Vorlage, welche die erste Brosche in das bisherige System unserer Handelspolitik legen soll, der Gesetzentwurf wegen Erhebung von Ausgleichungsabgaben auf Eisen und Zucker, soll, wie officiös mitgeteilt wird, in der bevorstehenden Reichstagsession wiederum vorgelegt werden. Es steht durchaus nicht fest, daß die Vorlage abgelehnt wird. Schon in der letzten Session machte sich bei vielen, früher unbedingt als freihändlerisch betrachteten Reichstags-Mitgliedern die Geneigtheit geltend, mit den Schutzzöllnern zu verhandeln, ihnen Concessionen zu machen. Dazu kommt, daß die Neuwahlen zum Reichstage ein den schützöllnerischen Bestrebungen günstigeres Resultat erzielt haben. Es war schon lange vorher bekannt, daß der Reichstag sich in seiner neuen Legislaturperiode vorwiegend mit wirtschaftlichen Dingen, besonders mit Zoll- und Steuerfragen zu beschäftigen haben wird. Es wäre gut gewesen, wenn man bei der Auswahl der Candidaten darauf Rücksicht genommen, wenn man denselben über ihre Stellung zu den voraussichtlich zur Verathung gelangenden Gegenständen auf den Zahn gefühlt hätte. Es wurde dies jedoch verhindert durch den plötzlichen Ansturm, der von allen Seiten auf die Nationalliberalen erfolgte, und der in erster Linie politische Parteifragen zum Vorschein nahm. Die Angegriffenen hatten genug zu thun, sich wegen der Justizgesetze zu vertheiligen, und darüber kam man nicht dazu, das zu berücksichtigen, was mit Sicherheit als der Gegenstand der Verhandlungen des neuen Reichstages betrachtet werden konnte. Das mußte günstig für Alle sein, welche im Trüben fischen wollen; es hat auch bewirkt, daß die Schutzzöllner durch die Wahlen verstärkt wurden. So wurde in Görlich ganz im Stillen ein freihändlerischer Nationalliberal durch einen Schutzzöllner gleicher Parteirichtung verdrängt. Einzelne norddeutsche Bezirke mit vorwiegend aderbauender Bevölkerung, wie der Kreis Herzogthum Lauenburg, haben Vertreter erkoren, die eng mit den schützöllnerischen Bestrebungen verbunden sind. Wenn der nationalliberale Ministerpräsident a. D. Jolly in Baden einem unbekannten deutschconservativen Holzhändler Rath unterlag, so wurde dies zum Theil dadurch verursacht, daß die schützöllnerischen Fabrikanten aller Parteirichtungen ihre Mannschaften sämtlich für Rath aufboten, weil dieser ihnen Versprechungen in schützöllnerischem Sinne gemacht hatte, während Jolly als Freihändler bekannt war. So dürfen wir der neuen Legislaturperiode des Reichstages nicht ohne Besorgniß entgegengehen, um so mehr, da die Stellung des Reichskanzlers zu den Zollfragen keineswegs eine so bestimmte ist, wie sie es früher war, zumal seine ganze Natur ihn zu Eingriffen in den Gang der Wirtschaftspolitik drängt, die auf diesem Gebiete schädlicher als auf jedem andern wirken können.

Wenn für uns die wirtschaftspolitische Richtung des Reichskanzlers nicht ohne Bedenken ist, so haben wir um so größeres Vertrauen zu seiner Leitung der auswärtigen Dinge. Wir können darum auch den zwischen Berlin und Paris geführten Fieberkrieg nicht so ohne Weiteres verurtheilen, wie es in einem großen Theile der Presse geschieht. Auch wir würden der Verurtheilung zustimmen, wenn wir davon überzeugt wären, daß von Berlin aus wirklich ein so triviales Spiel getrieben würde, wie dies mehrfach ausgelegt wird. Diese Ueberzeugung können wir aber nicht gewinnen. Wir glauben nicht, daß wir vor einem deutsch-französischen Kriege stehen; denn die Auslassungen des Reichsanzeigers und der „Prov.-Corr.“ können doch für die Politik unseres auswärtigen Amtes nützlich sein. Von welchen Wünschen in Frankreich Bevölkerung und Regierung befehle sind, ist ja bekannt. Daß diese Wünsche sich nicht verwirklichen können, dies zu bewirken ist die Sache unserer Politik. Frankreich will keinen Krieg gegen Deutschland ohne Bundesgenossen, diese zu erwerben ist das eifrige Bemühen der französischen Diplomaten, diese Bemühungen zu verhindern die beständige Sorge des Kanzlers. Darum hat er den Dreikaiserbund zu Stande gebracht, darum sucht er die freundschaftlichen Verbindungen mit England, Italien und anderen einflussreicheren Mächten sorgfältig zu pflegen. Frankreich ist äußerlich über alle Mäßen höflich gegen Deutschland, im Geheimen sucht es aber das Vertrauen zu Deutschland in Europa zu untergraben. Es führt die Unzufriedenheit der Dänen, es nährt die Annerionsfurcht in Holland, was in Berlin als um so verdächtiger angesehen wird, da der Prinz von Oranien sich seit lange ständig in Paris aufhält, es hat endlich neuerdings den Dreikaiserbund zu sprengen versucht, indem es Rußland ein Bündnis entgegentrug. Die Auslassungen unserer amtlichen und halbamtlichen Blätter waren eine Mahnung an Frankreich, daß man sein Spiel kenne und mit Aufmerksamkeit überwache. Eine hochofficiöse Berliner Stimme in der Wiener „Pol. Correspond.“ sagt darüber:

„Was bedeuteten die französischen Zettelungen, welche gleichzeitig in Petersburg und in Konstantinopel verurteilt wurden? Sie entsprossen der an sich nicht unrichtigen Erkenntnis, daß Rußland zu weit engagirt sei, um der Pforte gegenüber einfach zurückweichen zu können. Eine erhebliche diplomatische Satisfaction wäre die mindeste Vorbedingung gewesen, um die Versammlung eines großen mobilen Heeres, an dessen Spitze ein Bruder des Kaisers gestellt war, wieder aufzuheben. Fürst Gortschakoff ist nicht gewillt, nach den diplomatischen Erfolgen, welche seine Amtsführung kennzeichnen, mit einem „Umzug“ zu enden, obenein der Türkei gegenüber. Allein Rußland braucht einen Freund an seiner Seite. Weniger einen activen Allirten, als einen solchen, der ihm — wenn auch nur diplomatisch — Rücken und Flanke deckt. Als ein solcher Freund bot sich Frankreich an, welches in Kenntniß der für Oesterreich-Ungarn in der Situation liegenden Schwierigkeiten einen Keil in den Bund der drei

Kaiser zu treiben hoffte. Wie die Dinge sich bei einer Spaltung der Kaiserthümer und dem Zustandekommen einer russisch-französischen Entente gestalten könnten — ergibt sich aus dem Vorstehenden von selbst, zumal auch da „ein Dritter im Bunde“ nicht fehlen würde. Dann läßt die D. Presse sich im Schach gehalten und Deutschland sich vielleicht in die Nothwendigkeit versezt, ganz wider seinen Willen und sein Interesse in kriegerische Verwickelungen zu gerathen.

Der bemerkenswerthe Berliner Artikel, welcher sich wohl auf russische Anforderungen bezieht, sagt weiter u. A., die Frage, wie Deutschland sich entscheiden würde, falls Rußland und Oesterreich sich nicht verständigen sollten, gäbe es für uns gar nicht, man rechne in Berlin gar nicht mit einem solchen Falle. Der Brief schließt: „Nunmehr bringender erscheint unter diesen Umständen eine Verständigung zwischen Rußland und Oesterreich, die nicht nur das betreffen darf, was nicht zu geschehen hat, sondern zu einer Einigung über bestimmte formulirte und praktisch begrenzte Ziele führen muß. Eine solche Verständigung, gleichviel ob sie auf Kooperation oder Neutralität, aber jedenfalls auf den Ausschluß jedes Gegenseitigen lautet, würde durch den im Voraus gesicherten Beitritt Deutschlands ein Gewicht erhalten, dessen Schwerkraft die anderen europäischen Mächte sich nicht würden entziehen können. Rußland, das seine Ehre engagirt sieht und mit einer mobilen Armee von 350 000 Mann und darüber nicht unter dem Hohngekläuter der Türken einfach nach Hause gehen kann, bedarf aus zwingendsten Gründen des Freundes an seiner Seite, und es tritt an den Dreikaiserbund nunmehr die erste Aufgabe heran, Entscheidungen vorzubereiten, welche vor der Mit- und Nachwelt darzulegen bestimmt sind, daß die drei mächtigen Souveräne sich nicht nur für theoretische Erwägungen oder für die Stunden feilscher Begegnung die Hand gereicht haben.“

Der Schreiber dieses Briefes hat wohl schon Nachricht von einem inzwischen geschehenen Schritte Rußlands gehabt. Fürst Gortschakoff hat unter dem 19./31. Januar ein Circularschreiben an die Vertreter Rußlands in Berlin, Wien, Paris, London und Rom gerichtet, welches von dem gestrigen Petersburger amtlichen „Regierungs-anzeiger“ veröffentlicht wird. Nach einer uns un- gegangenen telegraphischen Analyse desselben er- innert Fürst Gortschakoff zunächst daran, daß die Uebereinstimmung der Großmächte vermöge der Initiative der russischen Regierung bei dem Beginn der orientalischen Kriese erzielt worden sei. So- dann wird ausgeführt, daß diese Uebereinstimmung durch die Zurückweisung des Berliner Memorandums gestört, bald aber wieder auf der von England vorgeschlagenen Grundlage wiederhergestellt worden sei, und endlich dazu geführt habe, daß die Mächte einstimmig ihre Forderungen auf der Konferenz in Konstantinopel der Pforte vorlegten, welche dieselben alsdann abgelehnt habe. Die kaiserliche Re- gierung glaube, daß Europa durch diese vereinigte diplomatische Action bewiesen habe, daß es sich lebhaft für die Erhaltung des Friedens im Orient interessire, und daß Europa es als seine Pflicht und sein Recht erkenne, dazu im Namen der allge- meinen Interessen mitzuwirken. Die kaiserliche Re- gierung habe daher, bevor sie einen Entschluß in dieser Angelegenheit gefaßt hätte, geleitet von dem Wunsche, auch in dieser neuen Phase der orienta- lischen Frage die Uebereinstimmung der europä- ischen Mächte aufrecht zu erhalten, ihre Vertreter bei den fünf Mächten, welche den Pariser Vertrag unterzeichnet haben, beauftragt, sich darüber Ge- wissheit zu verschaffen, was die Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, gegenüber der Ab- weisung, welche die einstimmigen Wünsche Europas bei der Pforte erfahren haben, nunmehr zu thun gedenken.

Auch die Pforte hat am 1. Februar eine Circular-Depesche an ihre auswärtigen Vertretungen gerichtet, in der sie denselben mittheilt, daß wich- tige administrative Mängel die Pforte veran- lassen, das selbstständige Gouvernement der Herze- gomina aufzuheben und diese Provinz von Neuem mit Bosnien zu vereinigen. Dagegen hat die Pforte aus den drei Sandschaks von Rumelien, Brizend, Nisch und Uesküb ein neues Gouverne- ment gebildet und demselben den historisch be- rühmten Namen „Rassow“ beigelegt. Zum Vice- Gouverneur dieser Provinz wurde der Grieche Wassa Effendi ernannt.

Wie die „P. C.“ erzählt, ist die Antwort der Pforte auf das Verlangen Serbiens in Betreff der Mittheilung der Garantien für die künftige Haltung Serbiens der Art ausgefallen, daß die serbische Regierung vorerst die Verhandlungen nicht fortsetzen könne. Die von der Pforte verlangten Garantien machen den von ihr selbst offerirten status quo ante illusorisch.

Deutschland.

△ Berlin, 4. Febr. Wie man hört, ist der Termin der Berufung des Reichstags an zustehender Stelle jetzt Gegenstand der Berathung; es scheint, daß die gemeldete letzte Disposition, wonach der Beginn der Reichstagsarbeit mit dem 22. d. M. erfolgen sollte, festgehalten wird. In den nächsten Tagen schon wird die bez. kaiserliche Anordnung erwartet. — Der Etat des Reichs- hofes des deutschen Reiches erfordert an fort- dauernden Ausgaben für 1877/78 333 750 Mk., an Wohnungsgeldzuschüssen 38 016 Mk., an persö- nlichen Ausgaben 10 400 Mk., an sächlichen Aus- gaben 21 700 Mk., also an fortdauernden Ausgaben zusammen 403 866 Mk., an einmaligen Ausgaben und zwar für Revision der Kriegskosten-Rechnungen von 1870 bis 1871 den um 30 000 Mk. gegen das Vorjahr verminderten Betrag von nur 10 000 Mk. Der gesammte Etat unterscheidet sich von dem vorjährigen einmal um die eben angeführte Ver- minderung, und dann um eine Vermehrung von 5400 Mk. für miethsweise Beschaffung erforderlicher Geschäftslokale, da die Bureauräume in dem Dienstgebäude der Oberrechnungskammer, welche dem Rechnungshof bisher überlassen waren, jetzt von der Oberrechnungskammer anderweit in An- spruch genommen worden und die Benutzung neuer Diensträume nöthig gemacht haben.

* Morgen tritt das Herrenhaus zu seiner 3. Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht u. A. die Interpellation des Grafen Schulen- burg-Beekendorf, welcher Auskunft über den Wel-

senfonds verlangt. Was die verschiedenen Blätter bereits über die voraussichtliche Antwort der Regierung zu sagen wissen, ist mehr oder we- niger Vermuthung; man weiß, wie geheim die Ent- scheidungen der Regierungen gehalten werden. Unbequem ist jedenfalls der Regierung die ganze Frage und eine ausweichende Antwort wohl zu er- warten; eine solche wird dann aber, wie schon jetzt beschlossen ist, ein Nachspiel im Abgeordnetenhaus zur Folge haben, wo Welsen und Centrum die Sache noch einmal zur Sprache bringen wollen.

— Der Prinz Karl und die Prinzessinnen Marie und Elisabeth haben die Reise nach Italien angetreten. Die Herrschaften reisen im strengsten Incognito unter dem Namen Graf und Gräfinnen v. Flatow.

* Das Obertribunal hat nunmehr in dem Arnim'schen Landesvertrathsproceß die Be- schwerde des Rechts-Anwalts Mundel gegen die Zurückweisung des Rechtsmittels der Nichtigkeits- beschwerde als unbegründet verworfen und dabei den Rechtsgrundsatz angenommen, daß gegen ein Contumacial-Urtheil, gleichzeitig ob dasselbe von einem Schwurgerichte oder von dem Staatsgerichts- hofe gefällt ist, dem Angeklagten kein Rechtsmittel zusteht. Die Verurtheilung des Grafen Arnim hat somit die Rechtskraft beschritten und wird erst bei dessen eventueller Stellung wieder aufgehoben.

— Der Ober-Tribunalsrath Lohmann ist, der „Post“ zufolge, zum Vicepräsidenten des Appellations-Gerichts zu Posen ernannt worden.

— Der Kaufmann Paul Ludwig zu Aber- deen ist zum Consul des Deutschen Reiches er- nannt.

Köln, 3. Febr. Gegen das am 1. d. M. publicirte Urtheil der Appellkammer des hiesigen Landpolizeigerichts in Sachen der Rheinischen Effectenbank ist heute Mittag seitens des Pro- curators das Rechtsmittel der Cassation eingelegt worden.

Aus Wilhelmshaven, 1. Februar, schreibt man der „Meer- und Handels-Ztg.“: Heute Vormittag 11 Uhr traf die deutsche Panzerfregate „Kronprinz“, vom Mittelmeere kommend, auf hiesiger Rhede ein und legte Nachmittags in den Vorhafen. Der „Kronprinz“ befand sich am 30. Januar Nach- mittags bereits auf der Höhe von Wangeroge, als er durch den zunehmenden Sturm gezwungen wurde, vom Lande ab nach Norden zu steuern. Er hatte die volle Wucht des orkanartigen Sturmes in der Nacht vom 30. zum 31. Januar auszuhalten und verlor den Klüverbaum und den Rutter; außerdem wurden einige Leute von der Mannschaft verletzt. — Der „Kronprinz“ geht nunmehr ins Dock, um nach 3 bis 4 Wochen mit neuer Besatzung wieder nach dem Mittelmeere zu gehen.

Oesterreich-Ungarn.
Wien, 3. Febr. Der ungarische Minister-Präsident Tisza ist gestern Abend nach Pest zurück- gereist, um der heutigen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses beizuwohnen. Nach seiner Rückkehr hierher werden die Verhandlungen über die Bankfrage am Montag fortgesetzt werden.

Italien.
Rom, 3. Febr. Der Papst hat aus Anlaß der Frage, ob die Katholiken sich an den politischen Wahlen betheiligen sollen, ein vom 29. v. M. datirtes Breve an die katholischen Vereine gerichtet, welches mit Bedauern die diesbezüglich unter den Katholiken herrschende Meinungsverschiedenheit constatirt und erklärt, daß die kirchlichen Behörden noch nicht darüber schlüssig geworden seien, ob be- sonders in den ehemals päpstlichen Staaten die Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten gestattet sei. Der Zweck der katholischen Vereine sei jedenfalls in erster Linie der Jugendunterricht, Uebung der Werke der Barmherzigkeit und der Vertheidigung der Kirche. Wenn man an den Wahlen Theil nehme, würde man einen unge- wissen Erfolg einem gewissen vorziehen. Der Papst fordert schließlich die weltlichen Vereine auf, in die eigenen Meinungen nicht die geistlichen Be- hörden hineinzuziehen, die Zwietracht zu beseitigen und die ihnen obliegenden fernerer Zwecke zu ver- folgen. — Lord Salisbury ist gestern über Rom nach London zurückgekehrt, er wurde auf dem Bahn- hof vom Minister des Auswärtigen, Marquis, begrüßt.

* Der Papst läßt nach einem römischen Telegramm der „Indépendance belge“ einen Erlaß vorbereiten, in welchem die Demüthigung Attila's vor Leo I. und Heinrich IV. vor Gregor VII. in Canossa gefeiert wird.

Danzig, 5. Februar.

* Der Wasserstand auf der Weichsel hat in den letzten Tagen wieder eine steigende Bewegung angenommen. Bei Graudenz trat dieses Steigen schon am Freitag ein, an der Dirschauer Brücke stieg am Sonnabend das Wasser ebenfalls einige Zoll, gestern ist es dann um fernere 7 Zoll ge- wachsen. Gestriger Wasserstand daselbst 8 Fuß 2 Zoll. Die Eisbede scheint allmählig wieder mürbe zu werden. Bei Graudenz sind mehrere Ge- fährte eingebrochen, an verschiedenen Stellen haben sich Blänken gebildet. Leider steht zu befürchten, daß das Thauwetter sehr bald eine neue Bewegung des Eises und Wasserstandes herbeiführen und auch die so hoffnungsvoll begonnenen Damm- Arbeiten an der unteren Rogat nicht völlig zum Abschluß kommen lassen wird. — Die Eis- sprengungen auf der unteren Weichsel waren gestern Mittags bis Al. Schläng (9 Kilometer oberhalb der Dirschauer Brücke) gelangt. Es ist bis dahin eine 30 Meter breite Rinne gesprengt. Die Verbreiterung derselben bis auf 100 Meter war bis Gerbin vorgeschritten.

* Traject über die Weichsel. [Nach dem Ausgange auf dem hiesigen Bahnhof.] Tereapol- Culm: zu Fuß über die Eisbede bei Tag und Nacht; Warlubien-Graudenz: zu Fuß über die Eisbede nur bei Tage, bei Nacht unter- brochen; Czermink-Marienwerder: zu Fuß über die Eisbede nur bei Tage, bei Nacht unter- brochen.

* Hr. Oberbürgermeister v. Winter ist durch ein gestern hier eingetroffenes Telegramm veran- laßt worden, sich gestern Abends bereits nach Berlin zu begeben. Wie wir vernehmen, soll die Reise vorwiegend mit den Verhandlungen über die Provinztheilungsfrage in Verbindung stehen, welche jetzt in den Ministerien eifrig betrieben werden.

* Der hiesige Magistrat hat nunmehr eine Anzahl von Special-Stats für die einzelnen Zweige der städtischen Verwaltung pro 1877/78 der Stadtverordneten-Versammlung zur Prüfung überreicht, mit deren Vorprüfung sich demnächst die Stats-Revisions-Commission zu beschäftigen haben wird. Der umfangreichste derselben ist der Bau-Stat. Derselbe stellt sich im Ordinarium auf 23 969 Mk. Einnahme (ca. 3100 Mk. mehr als 1876) und 240 642 Mk. Ausgabe (53 155 Mk. mehr als 1876); das Extraordinarium beträgt 160 000 Mk., und zwar für Bauten, deren Kosten aus dem Kapitalfonds der Stadt entnommen werden sollen. Es sind dies Neupflasterungen in der Stadt mit 40 000 Mk., erste Rate zum Bau der neuen großen Simultanschule auf Hake- werk 60 000 Mk., erste Rate zum Bau des neuen Simultanschul-Gebäudes in Langefuhr 60 000 Mk. In dem Ordinarium der Ausgabe sind enthalten: für Gebäude und Etablissements 40 436 Mk. (8925 mehr als 1876), für Brücken zc. 50 800 Mk. (39 365 mehr als 76), für Schleusen 3096 Mk. (1350 mehr als 76), für Wohlwerke und Abladebrücken 19 000 Mk. (3500 weniger als 76), für Unterhaltung der alten Wasserleitungen in der Stadt und den Vorstädten 21 400 Mk. (3900 mehr als 76), für Stromschiffahrt und Baggerung 36 485 Mk. (310 weniger als 76), für Straßen- bauten 45 275 Mk. (900 mehr als 76), für die allgemeine Bau-Verwaltung 24 150 Mk. (525 mehr als 76). Die bedeutende Erhöhung bei dem Titel für Brücken erklärt sich dadurch, daß die Bau- summe für den bereits beschlossenen Neubau der Ruhrbrücke mit 40 500 Mk. in diesem Titel ent- halten ist; ferner enthält der Etat für extraordinäre Bauten u. A. folgende größere Posten: zum Umbau des Rathskeller-Einganges 4500 Mk., Erneuerung der Defen im Gymnasio 480 Mk., zur Aufbringung eines neuen Schieferdaches auf dem Schulgebäude in Neufahrwasser 2500 Mk., zur Verpflanzung des Vorplatzes an dieser Schule 150 Mk., zur Reparatur des Dampfbaggers 6900 und zur theilweisen Reinigung der Teiche der Tempelburger Wasserleitung 1000 Mk.

* Nach dem Etat pro 1877/78 für die hiesige Feuerwehr besteht dieses Institut zur Zeit aus 1 Branddirector, 1 Brandmeister, 1 Bureau- Assistenten, 5 Oberfeuerleuten, 20 Feuerleuten und 42 Spritzenmännern. Der Etat ist projectirt: in Einnahme nur auf 54 Mk. Wohnungsmiethe; in Ausgabe: 1. Gehalte 44 202 Mk., 2. Bekleidung 4108 Mk., 3. Gepanone 3390 Mk., 4. Unterhaltung der Wagen, Pferde, Gerätschaften 3750 Mk., Prämien 300, Heizung 675, Beleuchtung der Ställe zc. 1200 Mk., Telegraphie 240, Schreibmaterial 195, extraordinäre Ausgaben 495 Mk., zusammen 58 555 Mk. (84 Mk. mehr als v. J.). — Zum Personal der Wachmannschaft gehören 4 Wacht- meister, 1 Oberfeuermann und 95 Wachtleute. Der Etat für dieses Institut enthält keine Einnahmen, an Ausgabe dagegen: Gehalte 51 540, Beklei- dung 6959, für Vertretungen 60, an Gratificationen und Prämien 345, zusammen 58 904 Mk. — Zum Etat der Straßenreinigung gehören als fest angestellt 62 Mann. Die Einnahmen dieses Instituts (Vergütung für geleistete Fuhrten, Erlös vom Gemüll und Stallbögen) sind auf 26 170 Mk. (3026 Mk. mehr als v. J.), die Ausgaben auf 81 675 Mk. (1831 mehr als v. J.) veranschlagt, und zwar: Unterhaltung der Pferde 31 320, Arbeits- löhne 31 464, die Beamtenbesoldung 3816, Beklei- dung 3534, Abnutzung und Ersatz der Pferde 3600, Wagen, Geschirre und Arbeitsgeräth 4515, Hilfsfuhrten und Arbeitshilfe 1400, Beleuchtung 240, Reinigung in den Vorstädten 1720, Extra- ordinarien 66 Mk.

* In der Sonnabend-Sitzung des Abgeord- netenhauses (siehe Landtagsbericht in der heutigen Nummer) ist die Position von 125 643 Mk. für den Ankauf des Regierungs-Präsidial- Gebäudes in Danzig nach kurzem Debatten- kampf mit großer Majorität bewilligt worden.

* Zur Prüfung von Lehrerinnen und Schul- Vorsteherinnen werden im Jahre 1877 in der Provinz Preußen folgende Termine abgehalten werden: in Danzig 16.—20. April für Lehrerinnen und 21. April für Schul-Vorsteherinnen; in Marien- werder 7.—12. Sept. für Lehrerinnen und 13. Sept. für Schul-Vorsteherinnen; in Königsberg 26. Febr. bis 2. März und 24.—28. Sept. für Lehrerinnen, 3. März und 29. Sept. für Schulvorsteherinnen, in Tilsit 28. April bis 1. Mai für Lehrerinnen und 2. Mai für Schul-Vorsteherinnen; ferner in Brom- berg 12.—15. März für Lehrerinnen und 16. März für Schul-Vorsteherinnen.

* Neuerdings sollen wieder falsche Fünf- markstücke mit dem Münzzeichen A. und falsche Einmarkstücke mit dem Münzzeichen D. (bairische Geprägung) aufgetaucht sein, die aus Gedenkmetall her- gestellt sind und sich wesentlich durch Klang und gelb- lichen Schein von den echten unterscheiden.

[Selouke's Theater.] Von dem gestrigen Repertoire, das nur Wiederholungen brachte, ist das einzige Lustspiel „Das Gäschen von Buchanan“, welches sehr hübsch zur Aufführung gebracht wurde, zu erwähnen; namentlich spielte Hr. Summe den Silber- ling ganz vortrefflich, Fr. Müller brachte die Agnes, Herr Wengel den alten Diener Jacob erfolgreich zur Darstellung. Hr. Padewitz vom Elbinger Stadt- theater, welcher seit einigen Tagen in verschiedenen Rollen aufgetreten, findet wenig Beifall. Der Komiker Herr Schmidt und die Chansonette-Sängerin Fr. Eggers sind in ihrem Genre ganz vorzüglich; namentlich fand ersterer für seine Vorträge sehr beifällige Aufnahme. Morgen findet das Benefiz des Herrn Kapellmeister Kilian statt. Zur Aufführung gelangt „Preciosa“. Mehrere Mitglieder hiesiger Gesangsvereine wirken an diesem Abend mit, und derselbe dürfte recht genussvoll sprechen sein.

* Der auf Neugarten wohnende Veteran Alois Zielonko feiert in dem selten hohen Alter von 96 Jahren am 15. Februar d. J. mit seiner 77 Jahre alten Ehefrau das Fest der goldenen Hochzeit. Derselbe, ein geborener Kurländer, hat ursprünglich als Kosak, an den Feldzügen von 1812, 13, 14 und 15 theilgenommen und erfreut sich trotz seines hohen Alters noch immer einer verhältnismäßig großen Rüstigkeit und Geistesfrische.

* Zwei jugendliche Arbeiter hatten am Sonnabend Abend in den Laden des Kaufmannes B. am Glocken- thor eine kleine Quantität Tabak gekauft. Derselbe schien ihnen jedoch nicht zu schmecken, und verlangten sie deshalb in unangemessener Weise den Umtausch des- selben. Als diesem Verlangen nicht sofort willfährig wurde, warfen sie ein großes Eistück durch das Fenster in den Laden und zertrümmerten dadurch eine Spiege- ltheibe im Werthe von 180 Mark. Die beiden Attent-äter wurden verhaftet.

** [Polizeibericht.] Verhaftet: die Arbeiter Gebrüder R. wegen schweren Diebstahls; die unberech-

lichte F., der Eisenbahnarbeiter G., die unberechlichte B., die Arbeiter D., und G. wegen Diebstahls; der Maurergesell S. und der Fleischer D. wegen Haus- friedenbruchs; der Maurer M. und der Arbeiter M. wegen Sachbeschädigung.

Gestohlen: der Frau R. aus der Küche 4 blaue englische tiefe Teller, 5 besgl. flache Teller, 3 Paar schwarzschalige Messer und Gabeln, 1 Alfenide-Eßkel- gelz. M. R.; der Frau G. durch die unberechlichte R. 3 8 Federn aus einem Bett; der Arbeiter R. ist be- züchtigt gestohlene Holz gekauft zu haben.

Durch Ueberbeizung der Defen gerieth vorgestern im Schröder'schen Etablissement, Fischenthaler Weg 15, ein Defenbalken in Brand. Das Feuer wurde glücklicher- weise bald bemerkt und schnell gelöscht.

Am 3. d. Abends wurde in der Töpfergasse ein ca. 50 Jahre alter, scheinend sinnlos betrunkenen Mann auf dem Pflaster liegend angetroffen und durch den Revier-Wachmann nach dem Polizeigefängnisse ge- schickt, wo er in der Nacht, wahrscheinlich am Gebirns- schlag, verstorben ist. Die Leiche ist nach dem Lei- chenhaus auf dem Bleichhofe geschafft. Ueber die Persö- nlichkeit des Verstorbenen konnte noch nichts Näheres ermittelt werden.

Verloren: ein Taschentuch, worin 15 M. eingebunden waren.

Gefunden: eine kleine Spritze von Zinn auf der St. Albrechter Chaussee.

Strafanträge sind gestellt seitens des Arbeiters R. gegen den Eigenthümer G. wegen Beleidigung und lebensgefährlicher Bedrohung, seitens der Mädchen R., B. und K. gegen den Zimmerlehrer R. und Lauf- burger R. wegen Mißhandlung.

Am 1. gegen Mittag entstand im Salvator-Kirch- hofe ein Straßenauflauf durch eine große Schlägerei zwischen den Jungen L. und R.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner Börsen- Depesche war beim Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 3. Februar. [Productenmarkt.] Weizen loco flau, auf Termine rubig. — Roggen loco flau, auf Termine rubig. — Weizen 7c April- Mai 126 1/2 Br., 220 Gd., 7c Mai-Juni 126 1/2 1000 Kilo 223 Br., 222 Gd. — Roggen 7c April- Mai 159 Br., 158 Gd., 7c Mai-Juni 1000 Kilo 159 Br., 158 Gd. — Hafer still. — Gerste flau. — Rübsöl rubig, loco 76, 7c Mai 7c 200 75. — Spiritus rubig, 7c 100 Liter 100 Mk. 7c Februar 44 1/2, 7c März-April 44 1/2, 7c Mai-Juni 44 1/2, 7c Juli-August 46. — Raffee fest, Umsatz 6000 Sack. — Petroleum fest, Standard white loco 19,25 Br., 18,75 Gd., 7c Februar 18,50 Gd., 7c August-Dezember 18,25 Gd. — Wetter: Sehr schön.

Bremen, 3. Febr. Petroleum. (Schiffsbericht.) Standard white loco 19,50, 7c Februar 19,30, 7c März 18,25.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 5. Februar.

Weizen loco fest, 7c Tonne von 2000 K feingelagert n. weis 130-135 1/2 222-223 1/2 Br. hochbunt . . . 127-133 1/2 220-224 1/2 Br. hellbunt . . . 126-130 1/2 220-224 1/2 Br. 197-223 bunt . . . 125-131 1/2 215-220 1/2 Br. 197-223 roth . . . 128-132 1/2 212-215 1/2 Br. ordinair . . . 118-132 1/2 195-205 1/2 Br.

Regulirungspreis 126 1/2 bunt lieferbar 211 1/2 Auf Lieferung 7c April-Mai 213 1/2 Br., 216 1/2 Gd., 7c Mai-Juni 220 1/2 Br., 7c Juni-Juli 222 1/2 Br., 219 1/2 Gd.

Roggen loco unverändert, 7c Tonne von 2000 K Inland. 162, 163 Mk., russ. 153 Mk. 7c 120 1/2 bez.

Regulirungspreis 120 1/2 lieferbar 159 1/2 Auf Lieferung 7c April-Mai unterpolnischer 163 1/2 Br., 7c Mai-Juni do. 165 1/2 Br., 7c März-April russischer 157 1/2 Br.

Gerste loco 7c Tonne von 2000 K große 116 1/2 153 1/2, kleine 105 1/2 142 1/2

Erbsen loco 7c Tonne von 2000 K weiße Futter- 7c April-Mai 149 1/2 Br.

Kleeauf loco 7c 200 K weiß 151—168 1/2, roth 116 — 160 1/2, schwedisch 210 1/2

Spiritus loco 7c 10,000 K Liter 52 1/2 bez.

Weschele und Fondscurse. London, 8 Tage, 20,445 gem. 4 1/2 1/2 Preussische Consolidirte Staats- anleihe 108,75 Gd. 3 1/2 1/2 Preussische Staatsanleihe 91,90 Gd. 3 1/2 1/2 Preussische Staatsanleihe 82,45 Gd. 4 1/2 do. do. 93,70 Gd., 4 1/2 1/2 do. do. 101,60 Br. 5 1/2 1/2 Danziger Hypotheken- Pfandbriefe 99,75 Br. 5 1/2 1/2 Pommerische Hypotheken- Pfandbriefe 100,50 Br. 5 1/2 1/2 Stettiner National-Hypo- theken-Pfandbriefe 101,25 Br.

Das Börsecomité der Kaufmannschaft.

Danzig, den 5. Februar 1877.

Getreide, Börsen. Wetter: nachst bei ziemlich klarer Luft und starkem Westwind.

Weizen loco fand am heutigen Markte recht gute Kaufslust und sind zu festen Preisen 360 Tonnen ge- kauft. Bezahlt wurde für blaupolirte 132 1/2 197 1/2, be- zogen 130 1/2 204, 206 Mk., roth 129 1/2 212 Mk., Sommer- 134 1/2 213 1/2, bunt 123 1/2 204 Mk., 126 1/2 209 Mk., 127 1/2 210 Mk., glatt und hellfarbig 126, 130 1/2 214, 215, 216 Mk., hellbunt und hochbunt glatt 129/30, 130, 131 1/2 217, 217 1/2, 218, 219 Mk., fein hochbunt glatt 132 1/2 220, 134 1/2 223 1/2 7c Tonne. Termine geschäftslos, April-Mai 218 1/2 Br., 217 1/2 Gd., Mai- Juni 220 1/2 Br., Juni-Juli 222 1/2 Br., 219 1/2 Gd. Regulirungspreis 211 1/2

Roggen loco unverändert, inländischer 123 1/2 165 1/2, 125 1/2 168 1/2, 127 1/2 169 1/2, russischer 122 1/2 155 1/2 7c Tonne bezahlt. Termine geschäftslos, russischer März-April 157 1/2 Br., unterpolnischer April-Mai 163 1/2 Br., Mai-Juni 165 1/2 Br. Regulirungspreis 159 1/2 — Gerste loco große 116 1/2 158 1/2, kleine 105 1/2 142 1/2 7c Tonne bezahlt. — Erbsen loco ohne Umsatz. Termine April-Mai Futter- 140 1/2 Br. — Kleeauf loco nach Qualität, roth 116, 160 1/2, weiße 151, 156, 168 1/2, schwedisch 210 1/2 7c 200 K bezahlt. — Spiritus loco wurde zu 52 1/2 7c 10 000 Liter gekauft.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 4. Februar. Wind: SW. Gefegelt: Häring (SD.), Derbom, Copenhagen, Getreide.

5. Februar. Wind: W/N. Angelommen: May, Brildam, Granton, Kohlen. Abkommend: Bark Clara u. Hermann.

Thorn, 3. Febr. Wasserstand: 7 Fuß — Zoll. Wind: S. Wetter: trübe.

Das Eis auf der Weichsel steht oberhalb der Holzbrücke noch fest.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Thermometer Stand in Par. Linien	Thermometer im Freien	Wind und Wetter.
4. 12	338,62	+ 0,4	SW., mäßig, wolfig.
5. 8	337,90	+ 1,2	W., frisch, bed.
12	337,93	+ 2,2	SW/N., heftig, heiter.

Beilage zu No. 10180 der Danziger Zeitung.

Danzig, 5. Februar 1877.

Frankreich.

Versailles, 2. Febr. Die Deputirten-ammer hat in Folge der von dem Zuchtpoliziergericht ausgesprochenen Suspendirung des Journals „Droits de l'Homme“ heute beschlossen, einen Antrag des radicalen Deputirten Nadier de Montjau auf die Tagesordnung zu setzen, der die Aufhebung des im Jahre 1852 erlassenen, auf die Suspendirung und Unterdrückung der Journale bezüglichen Decretes bezweckt. (W. L.)

Italien.

— Die heute an der Börse in Paris verbreiteten Gerüchte von dem Tode des Papstes werden von der „Agenzia Stefani“ als unbegründet bezeichnet. Noch gestern habe der Papst die Oberen religiöser Orden zur Krzenweih empfungen. (W. L.)

Brindisi, 2. Febr. General Ignatieff ist an Bord eines russischen Dampfers hier angekommen und tritt morgen die Weiterreise nach Petersburg an. (W. L.)

England.

London, 3. Febr. Der türkische Finanz bevollmächtigte Obian Gffendi hat gestern eine Deputation der Inhaber der türkischen Anleihen von 1854 und 1871 empfangen, welche über die Richtigkeit der Nachricht, daß die Pforte die Bezahlung der Zinsen auf diese Anleihen bis zu der von der türkischen Reichsvertretung zu ertheilenden Genehmigung ausgesetzt habe, Erkundigungen einziehen wollte. Obian erklärte, daß dieses Gerücht unbegründet sei. — Eine in der amtlichen „Gazette“ veröffentlichte Verordnung des Geheimraths verbietet den Verkauf von Rindvieh, Schafen und Ziegen, es sei denn, daß dieselben 28 Tage vor dem Verkaufe in dem Besitze des Eigenthümers gewesen sind, ohne Symptome der Rinderpest zu zeigen. Nach dem von dem Geheimrath gestatteten Verkaufe müssen die Thiere innerhalb 10 Tagen getödtet werden. (W. L.)

Rußland.

Petersburg, 3. Febr. Der heutige „Regierungsanzeiger“ bringt genaue Daten über den sanitären Zustand der Südarmee, aus denen sich ergibt, daß von in Summa 180 000 Mann nur 1889 erkrankten, mithin nur ein Procent des Bestandes. Diese Ziffer sei als eine ungünstige nicht anzusehen und es bleibe nur zu wünschen, daß auch künftig das Procentverhältniß der Erkrankungen nicht zunehme. (W. L.)

Türkei.

Konstantinopel, 2. Febr. Zur Führung der Friedensunterhandlungen mit Montenegro

ist türkischerseits Konstant Pascha ausersenen worden. (W. L.)

Amerika.

Washington, 2. Februar. Der Präsident Grant hat dem Cabinet den Entwurf einer Botschaft an den Congreß übergeben, in welcher demselben angerathen wird, die demnächstige Wiederaufnahme der Baarzahlung zu beschließen. — In der heutigen Sitzung der Specialcommission zur Entscheidung über die Frage der Präsidentenwahl beantragten die die demokratische Partei von Florida vertretenden Anwälte über die Wahlen in Florida unabhängig von den amtlichen Berichten eine Enquete anzustellen, um die bei den Wahlen vorgekommenen Unregelmäßigkeiten nachzuweisen.

Danzig, 5. Februar.

* Der Reichskanzler hat die Bestimmung des § 30, 2f. der Erbschafts-Ordnung dahin einer Deutung unterworfen, daß der vorläufige Zurückstellung der dort erwähnten Militärpflichtigen nur dann als zulässig bezeichnet werden kann, wenn diese sich in der Vorbereitung zu einem bestimmten Lebensberuf befinden, und daß dieselbe nicht Anwendung finden darf, wenn in ihrer allgemeinen Ausbildung zurückgebliebene Militärpflichtige sich — behufs Behebung dieses Mangels — durch Gymnasial- oder anderen Unterricht fortbilden wollen, um später die Prüfung zum einjährig-freiwilligen Dienst abzulegen.

* Die im Abgeordnetenhanse wiederholt zur Sprache gekommene Einrichtung von Nebelsignalen an 10 Punkten der preußischen Küste wird, wie den Commissarien des Abgeordnetenhanse von der Regierung mitgetheilt worden ist, eine Summe von 852 000 A. beanspruchen. Die ungünstige Finanzlage erlaubt es in diesem Jahre noch nicht, an die Ausführung dieser Anlagen heranzutreten. In Aussicht genommen sind jedoch drei solcher Signalstationen, und zwar zu Döhrerort, Arcona und auf der Greifswalder Die. Jede derselben soll 88 000 A. kosten.

* Der Hauptmann Hannig, Directions-Assistent bei der Gewehr- und Munitionsfabrik in Erfurt, und die Seconde-Lieutenants v. Liedemann vom 4. rbe n. Inf.-Regt. Nr. 30 und Sparkuhle vom 7. westf. Inf.-Regt. Nr. 56, beide bisher an der Gewehr- und Munitionsfabrik in Erfurt beschäftigt, sind zur Gewehr- und Munitionsfabrik nach Danzig versetzt.

* Da es unter Regierungsbehörden streitig geworden war, wem der Erlös aus dem Verlaufe confiscirter Maße, Gewichte u. s. w. zufällt, so haben die Minister des Innern und für Handel folgende principielle wichtige Entscheidung getroffen: Die Einziehung ungeachteter Maße oder Gewichte oder unrichtiger Waagen kann nur im geordneten Strafverfahren, also entweder auf Grund vorläufiger Straffestsetzung oder auf Grund richterlichen Erkenntnisses erfolgen. In dem letzteren Falle ist, wie die Vollstreckung des Urtheils überhaupt, so auch die Verfügung über

die Confiscate lediglich Sache der Gerichte. Ersteren Falls gehören die hier in Rede stehenden Confiscate denjenigen, welche die Früchte der Polizeiverwaltung beziehen.

* Betreffs der diesjährigen Uebungen des Landstuhlen-Standes ist Folgendes bestimmt worden: Die Dauer der Uebungen beträgt 12 Tage. Wo es im Interesse der Ausbildung für wünschenswerth erachtet wird, kann für die Reservisten, je nach Bestimmung des Generalcommandos bezw. der obersten Waffen-Instanzen diese Uebungszeit bis zu 20 Tagen verlängert werden. In erster Linie werden die, noch nicht mit der neuen Waffe ausgebildeten Mannschaften einberufen. Die Einberufung soll in den Monaten April, Mai und Juni geschehen. Es werden zu diesen Uebungen aus Landwehr und Reserve einberufen: bei der Infanterie 110 800 Mann, bei den Jägern und Schützen 2500, bei der Feldartillerie 6600, bei der Fußartillerie 6250, bei den Pionieren 3680, bei dem Eisenbahn-Regiment 1140, bei dem Train 2910.

* Von der durch das Gesetz vom 27. Jan. 1875 angeordneten Anleihe für Zwecke der Telegraphen-Verwaltung werden laut Anordnung des Reichskanzler-Amtes an Stelle der zu demselben Zweck ausgefertigten, am 23. Januar d. J. fällig gewordenen Reichs-Schatzanweisungen anderweit verzinsliche Schatzanweisungen im Gesamtbetrage von 6 300 000 Mark und zwar in Abschnitten von je 1000, 10 000, 50 000 und 100 000 Mark ausgegeben werden. Der Zinssatz dieser Schatzanweisungen ist auf drei Procent für das Jahr und die Dauer ihrer Unlaufs-fähigkeit auf vier Monate, nämlich vom 25. Januar bis 25. Mai 1877 festgesetzt.

* Die 2. Culmsee-Thorner Personenpost erhält vom 8. d. M. ab nachstehenden Gang: aus Culmsee 6 Uhr Nachm., nach Anfunst der Post aus Culm 6 Uhr Nachm., durch Ditzrowitz 6:55 — 7 Uhr Abends in Thorn 7:15 Abends zum Anschluß an den Schnellzug 32 — Jüterburg-Bromberg — durch Thorn 10:11 — 28 Abends.

* Vom 8. d. Mts. ab wird die Personenpost von Culm nach Culmsee abgelassen: aus Culm 2:15 Nachmittags, nach Anfunst der 3. Personenpost aus Terepöl 12:45 Mittags, durch Al. Czyste 2:50 — 55 Nachm., durch Belgoud 3:35 — 40 Nachm., in Culmsee 5 Uhr. Zum Anschluß an die 2. Personenpost von Culmsee nach Thorn 6 Uhr Nachm. und in Thorn an den Schnellzug Jüterburg-Bromberg (Courierung nach Berlin.)

* Vom 6. Februar d. J. ab wird die 2. Bischofs-werder-Neumarker Personenpost wie folgt abgelassen: aus Bischofswerder Stadt 10 Uhr Abends, statt 10:25, durch Bischofswerder Bahnhof 10:30 — 30 Abends (nach Anfunst des Personenzuges No. 37 aus Schneidemühl), in Neumark Westpr. 12:30 Nachts.

* Elbing, 4. Februar. Die Nachricht, daß dem Landtage die Theilung unserer Provinz betreffender Gesetzentwurf vorgelegt werden wird, hat natüremäßig eine lebhafteste Bewegung in unserer Bürgerschaft hervorgerufen. Die Besorgnisse vor einer Reihe nachtheiliger Folgen, welche die, schwelch noch abzu-

wendende Theilung für unsere Stadt und für die ganze Provinz selbst nach sich ziehen würde, sind freilich nicht verschwunden, aber doch wirklich abgeschwächt. Man hält es immer noch für geboten, seine abweichende Meinung laut und deutlich auszusprechen, aber man ist auch überzeugt, daß die Gefahren, denen man entgegen zu geben glaubt, nicht allzuschwere und jedenfalls nicht unüberwindliche sind. So hat denn auch der Magistrat in seiner gestrigen Sitzung, unter Vorbehalt der nach einzuholenden Zustimmung der Stadtverordneten beschlossen, den unserer Stadt angehörenden Landtagsabgeordneten, Herrn Wiedwald aufzufordern, er möge in erster Linie dahin wirken, daß die Theilung überhaupt unterbleibe. Da aber das schwerlich zu erwirken sein wird, so möge er bei den bevorstehenden Commissions- und Plenarverhandlungen, die bestimmte Erklärung abgeben, daß Elbing keinen Falls von Westpreußen abgetrennt werden wolle, daß es aber in seinem, wie im Interesse der gesammten Provinz liege, auch die ebenfalls im Verkehrsgebiete der Weichsel besiegenden vorzugsweise mit den Weichselstädten, vor Allem mit Elbing, im gegenseitigen Verkehr stehenden, preussischen Kreise Pr. Holland, Mohrungen und Osterode in die neu zu bildende Provinz Westpreußen aufzunehmen. Weil es jedoch wider Recht und Billigkeit sei, über das Schicksal dieser Kreise zu entscheiden, ohne sie zuvor zu hören, ihre Gegenstände und ihre eigene Willensmeinung gebührend zu berücksichtigen, so möge unser Abgeordneter ferner beantragen, daß in dem betreffenden Gesetze die Grenzbestimmung zwischen Ost- und Westpreußen noch offen gelassen und erst durch ein späteres nach vorangegangenen Verhandlungen mit jenen Kreisen zu beschließendes Gesetz nachgetragen werde. Die Stadtverordneten werden in einer auf morgen Nachmittag anberaumten außerordentlichen Sitzung den Antrag des Magistrates beraten, und demselben, wie ich wenigstens vermute, im Wesentlichen beitreten.

Jastrow, 2. Februar. Vor einigen Tagen reiste der Tischlermeister A. von Jastrow, wo er zur Braut-schau war, nach Dt. Krone zurück. In Jastrow reiste er in einem Gasthause ein, in welchem sich mehrere Gäste befanden und mit ultramontanem Eifer über die ftigegebene Reichstagswahl debattirten. A. mischte sich sojgleich unter die Gäste und ließ im Ge-spräche seiner Abneigung gegen die Ultramontanen freien Lauf. Am folgenden Tage fand man ihn in der Nähe von Sagemühl todt im Chauffeegraben liegen. Da der Todte eine Schnapsglasche im Arme hatte, dachte man, er habe derselben zugetrunken und wäre im be-räuschten Zustande erfroren. Als man ihn jedoch näher untersuchte, verriethen gar bald die Stichwunden seines Körpers, daß hier ein Mord vorliegt, der vielleicht der Verbindung mit dem Debattenkampfe nicht entbehrt. Eine Unterjuchung ist im Gange.

* Riesenburg, 4. Febr. Die hiesige Stadtverordneten-Versammlung hat in ihrer letzten Sitzung gleich-falls, und zwar auf Antrag des Magistrats, den Beschluß gefaßt, den Austritt Riesenburgs aus dem Provinzial-Städtetage zu erklären.

△ Osterode, 4. Februar. Am 1. d. M. fand unter Leitung des Herrn Kreisgerichts-Secretär Sadersdorf im Baumgarthigen Saale eine Dilettanten-Vorstellung zum Besten der Rogat-Ueberschwemmten statt. Der Saal war überfüllt, die Leistungen befriedigten durchweg. Dem umsichtigen und dabei äußerst ökonomischen Arrangement des Herrn Sadersdorf ist es zu danken, daß von dem etwas über 400 Mk. betragenden Erlöse ca. 350 Mk. Ueberschuß werden den Ueberschwemmten zu Gute kommen können. — Gestern wurde hier eine aus 3 Personen bestehende Gesellschaft jugendlicher Verbrecher polizeilich aufgehoben, welche sich seit einiger Zeit mit der Anfertigung bleierner Zehn-pfennigstücke beschäftigt hat. Die Falsificate sind den echten Zehn-pfennigstücken täuschend ähnlich und von diesen nur im Klange zu unterscheiden. Die Verfertiger derselben waren Arbeiter in einer hiesigen Klempnerwerkstätte. — Die für den Monat März d. J. in Aussicht genommene Generalversammlung des Preussischen Provinzial-Städtetages in Elbing wird der Rogat-Ueberschwemmung wegen vermutlich auf den Monat Juni verschoben werden, zumal der Hauptgegenstand der Tagesordnung, das neue Gemeindesteuergesetz, sicherem Vernehmen nach in diesem Jahre dem Landtage noch nicht vorgelegt werden wird.

* Memel, 4. Februar. Nach langen Verhandlungen ist nunmehr für unseren Ort eine neue Hafen- und Lootsen-Ordnung erlassen und publiziert worden. Dieselbe tritt an die Stelle der gänglich veralteten bezüglichen Verordnung vom 10. October 1809. — Der für unseren Hafen neu erbaute Dampfer „Athenbach“, welcher im März v. J. nach Danzig zurückgeschickt wurde, da er den contractlichen Anforderungen nicht völlig entsprach, nach Abstellung der geringsten Uebelstände aber in Pillau anschliffweise Hafendienste verrichtete, wird nach dem „M. D.“ in den nächsten Tagen definitiv nach seinem hiesigen Stations-orte translociert werden.

* Aus dem Kreise Lübau berichtet man verschiedenen Provinzialblättern: Für den Fall, daß die Provinz zwei Drittel der Baukosten als Prämie gewährt, hat der Kreis den Ausbau folgender Chausseelinien in Aussicht genommen: Drowitt-Neuhalden-Grabenzer Kreisgrenze (4 Klm.), Neumark-Montow-Gilgenburg (25 Klm.), Mroczno-Strasburger Kreisgrenze (0,3 Klm.). Die gesammelten Baukosten würden 406 600 Mk. betragen. — Auch hier, wie jetzt wohl in allen Kreisen der Provinz, denkt man an den Bau einer Secundärbahn. Dieselbe soll von Neumark nach Dt. Eylau führen und so eine unmittelbare Verbindung der Neumarker Gegend mit der Thorn-Insterburger, wie mit der Marienburger Mlawer Bahn bewirken.

* Stallupönen, 3. Febr. In den ersten Tagen des Monats Juni soll hier eine Central-Viehhalde abgehalten werden. Zu den Vorbereitungen für dieselbe ist eine Commission von 7 Mitgliedern eingesetzt worden.

Aus Pommern, 3. Febr. Der projectirte Ausbau des Rügenwalder Hafens, nämlich die Herstellung der Molen, die Ausbaggerung des Vorhafens, sowie verschiedene Nebenanlagen des Bollwerks, Lootsenbootshafens, Lootsenwachthaus, Commissionshaus, Aufschleppe und dgl., endlich die Herstellung des Binnenhafens einschließlich der Ausbaggerung der Wipper ist, wie die „N. St. Z.“ mittheilt, auf rund 5,000,000 Mk. berechnet, von welcher Summe bisher 1,500,000 Mk. zum Unterbau der Molen, ausschließlich der Käfte, für das Commissionshaus und für einen Theil der Bollwerke und für sonstige Nebenanlagen ausgegeben worden sind. Für den Fall, daß ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt würden, wäre die Vollenbung der sämtlichen Bauten in 5 Jahren zu erwarten.

* In Brandenburg in Ostpr. wurde in voriger Woche ein Grenadier aus Königsberg ergriffen, der sich aus Angst vor einer geringen Arreststrafe aus seiner Garnison entfernt hatte und legitimationslos in Militärkleidern sich in Brandenburg aufhielt. Am nächsten Morgen fand man ihn im Amtsgefängnisse erhängt.

Perniscktes.

Breslau, 3. Febr. Die Kinderpest ist am 1. Februar in Groß-Mochern ausgebrochen. 48 Stüd Kindvieh sind im Laufe des gestrigen Tages getödtet worden. Zur Aufrechterhaltung der nothwendigen Spermaßregeln wurde ein Militärcommando aus Schweidnitz requirirt.

Berlin, 4. Februar. Director Emil Thomas hat, nachdem er im Woltersdorff-Theater bei hoher Pacht und schlechten Einnahmen sein ganzes Vermögen darangelegt, am 1. d. Mts. die Direction niedergelegt. Gleichzeitig hat Frau Thomas mit der ganzen bisherigen Gesellschaft des Woltersdorff-Theater im Thalia-Theater zu spielen begonnen. — Dem „B. B. C.“ zufolge hat Frau Hedwig Niemann-Naabe mit der Direction des Residenz-Theaters einen Vertrag abgeschlossen, dem zufolge sie künftig dieser Bühne, nicht mehr wie bisher dem königl. Schauspielhaus, diejenige Zeit des Jahres, in welcher sie an der Berliner Bühne thätig ist, als Gast angehören wird. Der Contract lautet zunächst für die Zeit vom 1. November bis Weihnachten dieses Jahres, also auf 7 Wochen. Während dieser Zeit werden von Novitäten, mit Frau Niemann in den Hauptrollen, „Dora“ von Victorien Sardou, ein Lustspiel von Hugo Bürger, „die Adoptirten“ und „Conflicte“ von J. Grünstein in Scene gehen. — Frau Niemann-Seebach beginnt ihr Gastspiel am Residenz-Theater am 16. Februar in „Shellen“ vom Director Emil Claar.

— Der „Hannov. Cour.“ schreibt: „Fr. v. Wangenheim, welcher sich in Harburg freiwillig der Behörde gestellt und angegeben hat, daß er bei Ermordung des Bäderlehrlings Corny zugegen gewesen sei, ist am 30. Januar auf Verfügung der Kronanwaltschaft dem Gefängniß in Lüneburg überliefert worden. Falls die Angaben des Inhaftirten sich inzwischen nicht als erfunden herausstellen, wird derselbe wahrscheinlich zur Confrontation mit v. Zastrow nach Berlin transportirt werden.“

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 3. Februar. Effecten-Societät. Creditactien 123 1/2, Franzosen 196 1/2, Silberrente —, Lombarden —, 1860er Loose 100, Goldrente 61 1/2, Galizier 175, Reichsbank 158 1/2. Schwächer.

Amsterdam, 3. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen für März 300, für Mai 302. Roggen für März 186, für Mai 196. Rüböl für Mai 42 1/2.

Wien, 3. Febr. (Schlußbericht.) Papierrente 63,65, Silber. 68,90, 1854r Loose 107,75, Nationalb. 846,00, Nordbahn 1815, Creditactien 150,10, Franzosen 237,00, Galizier 210,50, Kaschan-Oberberger 87,00, Pardubitzer —, Nordwestbahn 116,50, do. Lit. B. —, London 122,40, Hamburg 59,70, Paris 48,55, Frankfurt 59,70, Amsterdam 101,50, Creditloose 162,50, 1860er Loose 111,50, Lomb. Eisenbahn 77,00, 1864r Loose 135,00, Unionbank 54,25, Anglo-Austria 78,50, Napoleons 9,76 1/2, Dukaten 5,79, Silberconpons 114,40, Elisabethbahn 134,50, Ungarische Prämienloose 75,20, Deutsche Reichsbanknoten 60,05, Türkische Loose 19,30, Goldrente 74,75.

London, 3. Febr. [Schlußbericht.] Consols 95 1/2, 5 1/2 Italienische Rente 71 1/2, Lombarden 6 1/2, 3 1/2 Lombarden-Prioritäten alte 9 1/2, 3 1/2 Lombarden-Priorit. neue —, 5 1/2 Russen de 1871 84 1/2, 5 1/2 Russen de 1872 84, Silber 57 1/2, Türkische Anleihe de 1865 12 1/2, 5 1/2 Türken de 1869 13 1/2, 5 1/2 Vereinigte Staaten für 1885 105 1/2, 5 1/2 Vereinigte Staaten 5 1/2 fundirte 107 1/2, Oesterreichische Silberrente 56, Oesterreichische Papierrrente 52, 6 1/2 ungarische Schatzbonds 84, 6 1/2 ungarische Schatzbonds 2, Emission 80 1/2, Spanier 12, 6 1/2 Bernauer 18 1/2, Russen de 1873 83 1/2, — Platzdiscount 1 1/2 pft. — Aus der Bank flossen heute 67 000 Pf. Sterl.

Liverpool, 3. Febr. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 5000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. — Tendenzlos. Futures eher billiger.

Paris, 3. Febr. (Schlußbericht.) 3 1/2 Rente 73,15, Anleihe de 1872 106,30, Italienische 5 1/2 Rente 72,15, Ital. Tabak-Actien —, Italienische Tabak-Obligationen —, Franzosen 487,50, Lombardische Eisenbahn-Actien 163,75, Lombardische Prioritäten 235,00, Türken de 1865 12, 72 1/2, Türken de 1869 71,00, Türkenloose 38,25, Credit mobilier 165, Spanier ext. 11 1/2, do. inter. 10 1/2, Suezcanal-Actien 670, Banque ottomane 385, Société generale 522, Credit foncier 607, Egypter 252, — Wechsel auf London 25, 13 1/2. — Markt, Schluß besser.

Paris, 3. Febr. Productenmarkt. Weizen bebt, für Februar 27,75, für März 28,00, für April 28,50, für Mai-Juni 29,00. Mehl ruhig, für Februar 61,00, für März 61,75, für April 62,75, für Mai-Juni 64,25. Rüböl ruhig, für Februar 93,25, für April 94,75, für Mai-August 95,00, für September-Dezember 92,00. Spiritus matt, für Februar 62,25, für Mai-August 63,00. — Wetter: Schön.

Antwerpen, 3. Febr. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen unverändert. Roggen matt. Hafer stetig. Gerste behauptet. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 50 1/2 bez. und Br., für Februar 49 Br., für März 45 1/2 Br., für April 45 1/2 Br., für September 48 1/2 Br. — Fest.

Newport, 3. Februar. (Schlußbericht.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 85 C., Goldagio 5 1/2, 1/2 Bonds für 1885 108 1/2, do. 5 1/2 fundirte 110 1/2, 1/2 Bonds für 1887 112 1/2, Eisenbahn 9 1/2, Central-Pacific 107 1/2, Newport Centralb. 101 1/2. Höchste Notirung des Goldagio 5 1/2, niedrigste 5 1/2. — Waarenbericht. Baumwolle in Newport 13, do. in New-Orleans 12. Petroleum in Newport 26 1/2, do. in Philadelphia 26 1/2. Mehl 6 D. 10 C. Rother Frühjahrswizen 1 D 47 C., Mais (old mixed) 61 C. Ruder (fair refining Muscovados) 9 1/2. Kaffee (Rio) 19 1/2. Schmalz (Marke Wilcox) 11 C., Speck (short clear) 9 C. Getreidefracht 5.

Productenmärkte.

Königsberg, 3. Februar. [Spiritus.] Wochenbericht. (v. Portatius u. Grothe.) Spiritus wurde in dieser Woche knapper zugeführt und etwas höher bezahlt. Für Termine ließ sich indessen Kaufslust vermissen, da Berlin matte Tendenz meldete. Locowaare bedang 53—54 M., Februar 53 1/2—54 1/2 M., Frühjahr 56 1/2 M., Mai-Juni 58, 57 1/2 M., Juni 59, 58, 58 1/2 M., Juli 59 1/2, 60, 59 M., August 60 M., September 61 M. pro 10 000 M. ohne Faß.

Stettin, 3. Februar. Weizen für April-Mai 221,00 M., für Mai-Juni 223,00 M. — Roggen für Februar-März 157,00 M., für April-Mai 159,00 M., für Mai-Juni 158,50 M. — Rüböl 100 Kilogr. für

Februar 73,50 M., für April-Mai 74,50 M., für September-October 69,00 M. — Spiritus loco 52,50 M., für Februar 53,00 M., für April-Mai 54,50 M., für Mai-Juni 55,50 M. — Rübten pr. Herbst 306,00 M. — Petroleum für Februar 19,00 M.

Butter.

Berlin, 5. Februar. (Gebrüder Lehmann & Co., Luisenstraße 31.) Der Markt bleibt unverändert flau, und Preise stetig weichend. Feine Butter, die bisher von der ungünstigen Bewegung fast gänzlich unberührt worden, muß nun ebenfalls — da bedeutend über Consum heran kommt — billiger abgegeben werden; nur hochfeinste tabellose Marken behaupten letzte Preise. — Wir notiren ab Versandorte: Alles für 50 Kilogramm: feine und feinste Mecklenburger 130—140 M., Mittel 126 M., Holsteiner und Vorpommersche 120—134 M., Sahnenbutter von Hollandereien und Molkerei-Gesellschaften 120—130 M., feinste 140 M., Thüringer 108 M., feine 115 M., Dessische 115 M., Baisische 90—95 M., Bächter 105 M., Vittauer 98 bis 103 M., Hofbutter 112 M., Elbinger 90—94 M., feine 100 M., Schlesische: Ratibor 78—89—93—98 M., Trachenberg 93 M., Reisse 90—93 M., Ober-Glogau 95 M., Westpreussische 85 M., Droler 85 M., Mährische 88 M., Galizische 80—88 M. franco hier.

Meteorologische Depesche vom 3. Februar.

Ort.	Barometer.	Wind.	Wetter.	Temp. C.	Wind.
8 Thurfso . . .	745,2	SW	frisch	Schnee	1,1 1)
8 Valentia . . .	761,5	W	stark	wolkig	8,3 1)
8 Dartmouth . .	766,8	SW	leicht	klar	2,2 2)
8 St. Mathieu . .	769,0	NW	schwach	bed.	6,0 3)
8 Paris	771,2	NW	schwach	klar	5,5
8 Helber	766,5	W	leicht	b. bed.	5,9
8 Copenhagen . .	764,2	SW	leicht	Schnee	— 0,6 4)
8 Christianund . .	745,1	SW	stürm.	b. bed.	4,7
8 Apparanaba . .	768,0	S	leicht	bed.	— 8,2
8 Stockholm . . .	766,0	SD	leicht	Nebel	— 4,2
7 Petersburg . .	772,2	NW	stille	bed.	— 7,9
7 Moskau	770,4	SW	stille	bed.	— 12,0
7 Wien	771,1	NW	leicht	bed.	— 2,2
8 Memel	771,9	SD	leicht	bed.	— 6,0
8 Neufahrwasser .	770,8	S	leicht	wolkig	— 7,2 5)
8 Swinemünde . .	767,4	S	frisch	wolkig	— 1,2 6)
8 Hamburg	765,7	NNW	schwach	wolkig	3,2 7)
8 Sylt	765,0	W	leicht	klar	1,9 8)
8 Greifeld	768,1	W	stille	klar	4,8 10)
8 Caffel	769,0	SED	stille	Regen	3,7 11)
8 Carlsruhe	769,6	SW	schwach	Regen	5,2
8 Berlin	768,5	SD	schwach	wolkig	— 1,5
8 Leipzig	768,4	SED	stille	bed.	— 0,4
8 Breslau	771,1	SD	schwach	bed.	— 1,4

1) Seegang mäßig. 2) See unrühig. 3) See ruhig. 4) Seegang mäßig. 5) See fast unrühig. 6) Reif. 7) Reif. 8) Nachts Regen, Glatteis. 9) Nachts Regen, Glatteis. 10) Gestern und Nachts Staubregen. 11) Sehr dünnig.

In Schottland und dem westlichen Scandinavien ist das Barometer stark gefallen, in Irland und am Canal gestiegen. Ueber Nordwest-Europa herrscht eine ziemlich starke südwestliche Luftströmung, die stellenweise stürmisch auftritt, auf dem Canal und der süblichen Nordsee wehen schwache westliche Winde mit schönem heiteren Wetter. Der Frost hat in Nord-Schweden sehr abgenommen und ist in der Umgebung Hamburgs Thauwetter und Glatteis gewichen. In Preußen und Galizien hat er dagegen zugenommen, auch auf den britischen Inseln ist die Temperatur gesunken.

Deutsche Seewarte.